



Deutscher Frauenring e.V.



Weiblich RECHTS

Gefährlich?

Dokumentation Bundesfachseminar
Deutscher Frauenring e.V.

18. - 20. Oktober 2013
Gustav-Stresemann-Institut
Bonn Bad-Godesberg

74

Die Grüne Reihe

Weiblich – Rechts – Gefährlich?

Themen rund um Frauen im Rechtsextremismus

Bundeschseminar des Deutschen Frauenring e.V.

vom 18. – 20. Oktober 2013 in Bonn–Bad Godesberg

Gefördert durch



Impressum

Herausgegeben von: Deutscher Frauenring e.V.

Redaktion: Bundesgeschäftsstelle

Titelblatt: Gudula Hertzler-Heiler

Copyright by: Deutscher Frauenring e.V. Bundesverband,

Brandenburgische Straße 22, 10707 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Präsidiums.....	3
Blut und Ehre – Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland.....	4
Ausgrenzendes Denken und Handeln-Phänomen des gesellschaftlichen Randes oder längst in der Mitte angekommen?	7
Mitläuferinnen und Macherinnen – Mädchen und Frauen in der extremen Rechten .	11
Empfehlungen zum NSU Untersuchungsausschuss aus Gender Perspektive	28
Rechtsextreme Eltern – Herausforderungen für pädagogisches Handeln	29
Neonazis erobern Facebook und Co. - wie können die Jugendlichen geschützt werden?	35
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland und Europa.....	42
Anlagen	48

Vorwort des Präsidiums

„Durch den NSU-Prozess und die Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses ist die Öffentlichkeit sensibilisiert für das Thema Rechtsextremismus in Deutschland. Wir wollten mit unserem Bundesfachseminar 2013 aufklären und dabei einen speziellen Fokus auf Frauen und deren veränderte Rollen in der rechten Szene legen.

Der Einführungsvortrag „Blut und Ehre – Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland“ bildete einen guten Einstieg, um sich dem Thema zu nähern. Er lenkte den Blick darauf, dass rechte Gewalt sehr viel weiter in das letzte Jahrhundert zurückreicht, als gemeinhin gedacht. Dass Rechtsextremismus kein „Randproblem“ mehr ist, bestätigte Andreas Speit anschaulich in seinem zweiten Beitrag „Ist ausgrenzendes Denken und Handeln ein Phänomen des gesellschaftlichen Randes oder längst in der Mitte angekommen?“.

Die veränderte Rolle der Frauen in der rechten Szene - zu beobachten ist der Trend „von der Mitläuferin zur Macherin“- wurde äußerst anschaulich von der Politikwissenschaftlerin Ellen Esen in ihrem Vortrag verdeutlicht. Durch das Erscheinungsbild sind „Rechte“ nicht mehr eindeutig zu identifizieren, die Palette reicht von „sehr unauffällig“ bis „links autonom. Das Erscheinungsbild erinnert uns an ein Chamäleon

Auch im Zusammenhang mit den NSU-Verbrechen wurde deutlich, dass die Rolle der Frauen in der rechten Szene unterschätzt wird. Dr. Heike Radvan von der Amadeu Antonio Stiftung stellte in ihrem Vortrag Empfehlungen aus Genderperspektive für die NSU-Abschlussberichte vor. Im zweiten Teil ihres Vortrages sprach sie die besonderen Herausforderungen im pädagogischen Handeln an.

Die Gründe für Rechtsextremismus sind vielfältig, aber den Nährboden dafür bildet mitunter der allgegenwärtige Alltagsrassismus, der die vereinheitlichende Einstellung (Kategorisierung, Stereotypisierung, gefühlsmäßige Bewertung) der Bevölkerung zu bestimmten sozialen Gruppen beschreibt. Dr. Beate Küpper, Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen- und Konfliktsituationen erläuterte Ursachen aus sozialpsychologischer Perspektive und stellte die Ergebnisse des Projektes *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* vor.

Henrike Herrmann von nonazi.net schärfte den Teilnehmerinnen den Blick darauf, wie präsent und vielschichtig die rechte Szene in den Bereichen facebook & Co. auftritt. Aufklärung an Schulen sollte großgeschrieben werden, um den perfiden Anwerbemethoden über Social Media entgegen zu wirken.

Zum Abschluss des Bundesfachseminars gab Ulrich Dovermann den Zuhörerinnen einen Überblick zu Präventionsmaßnahmen und strategischen Ansätze der Politik, die sich in den Förderprogrammen der Bundeszentrale für politische Bildung niederschlagen.

Eine Sensibilisierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen, die auch Polizei, Justiz und Medien einschließt, kann helfen, ungewollten Entwicklungen entgegenzutreten. Die Politik ist gefragt, den Herausforderungen entgegenzutreten, Lösungen zu suchen und zu finden. Der NSU-Abschlussbericht, der viele Präventionsansätze benennt, darf nach der Bundestagswahl nicht in den Schubladen verschwinden.

Wir danken allen, die an diesem Bundesfachseminar teilgenommen und/oder dazu beigetragen haben. Die Dokumentation soll Ihnen als Nachschlagewerk dienen, aber auch als positive Erinnerung an dieses Seminar.

Blut und Ehre – Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland

(Andreas Speit)



Andreas Speit

Andreas Speit, Jahrgang 1966, Dipl.-Sozialökonom und freier Journalist. Er veröffentlichte Kolumnen und Beiträge bei der taz, Freitag und jungle world. Er ist Autor und Mitherausgeber von Büchern zum Thema Rechtsextremismus in Deutschland, wie z.B. „Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene“ (2011) oder „Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland.“ (2013). Die eben genannten Bücher hat er beide mit der Journalistin Andrea Röpke herausgegeben. Für seine Werke erhielt er schon mehrere Auszeichnungen, z. B. 2012 den Journalisten-Sonderpreis „TON ANGEBEN. Rechtsextremismus im Spiegel der Medien“ des Deutschen Journalistenverbandes und des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt.

Der letzte Verhandlungstag im Oberlandesgericht München endete vor der Sommerpause, wie der erste Verhandlungstag begann. Schnellen Schrittes betrat die Hauptbeschuldigte im Verfahren gegen den "Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU), Beate Zschäpe, den Gerichtssaal A 101, drehte an der Anklagebank den Fotografen den Rücken zu. Redete später mit ihren drei Rechtsbeiständen, schwieg wenn die Richter eintraten.

Am 6. Mai 2013 hatte der Vorsitzende Richter Manfred Götzl das größte Verfahren in der Bundesrepublik gegen eine rechtsextreme Terrorgruppe eröffnet. Das NSU-Kerntrio Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe soll zehn Menschen getötet, mindestens zwei Bom-

benanschläge mit vielen Verletzten sowie vierzehn Banküberfälle verübt haben.

Das größte Verfahren in der Bundesrepublik gegen eine rechtsextreme Terrorgruppe

Nur zufällig waren sie aufgefliegen. Nach einem Banküberfall am 4. November 2011 in Eisenach misslang Mundlos und Böhnhardt die Flucht. Mundlos erschoss erst seinen Kameraden, zündete dann das Wohnmobil an und richtete sich selbst. In Zwickau setzte Zschäpe die gemeinsame Wohnung in Brand. Vier Tage später stellte sich die 38-Jährige der Polizei in Jena wo sie 1998 mit ihren "Uwes" wegen des Verdachts des Sprengstoffmissbrauches untertauchte. "Ich bin die, die Sie suchen", sagte sie, die über 13 Jahren im Untergrund lebte.

Keine polizeiliche Ermittlung, keine V-Mann-Information führte zu dem Trio. Am Verhandlungstag vor der Sommerpause, dem 6. August, sagte einer der Ermittler, Manfred H., zu dem Mord an Ismail Yasar in Nürnberg 2005 und dem Bombenanschlag in Köln 2004: "Für mich persönlich steckte bei den Taten ein fremdenfeindliches Motiv dahinter". Doch seit dem ersten NSU-Opfer, Enver Şimşek in Nürnberg 2000, war aus dem Ermittlungsansatz organisierte Kriminalität ein Ermittlungsdogma geworden. Indizien, die auf einen politischen Hintergrund deuteten, blendeten die Ermittler aus. "Man konnte sich bis vor wenigen Tagen nicht vorstellen, dass es tatsächlich terroristische Organisationen geben könnte, oder Zellen die mordend durchs Land laufen", sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am 16. November 2011.

Konnte? Wollte? Bundestagsvizepräsident, Wolfgang Thierse (SPD), sagte am 19. Februar 2012: "Erstaunlich ist das Erstaunen, das in manchen öffentlichen Äußerungen zum Ausdruck kommt", und

schob nach: "Wer das politische und gesellschaftliche Geschehen" verfolgte, der "kann über das Ausmaß menschenverachtender Mordlust entsetzt, aber nicht wirklich überrascht sein". Die Tradition des rechten Terrors in der Bundesrepublik reicht weit zurück - auch das Ignorieren. Schon seit den 1950er Jahren hatten Mitglieder rechtsextremer Gruppen Waffen gesammelt, Sprengstoff gehortet und Wehrsportübungen durchgeführt. 1951 verfügte der "Bund Deutscher Jugend" über eine Untergrundsektion, die das Ziel hatte eine bewaffnete Widerstandsbewegung aufzubauen. Eine Welle von antisemitischen Schändungen von Grab- und Gedenksteinen erschütterte 1959 die Bundesrepublik. 1961 waren bundesdeutsche Rechte an Bombenanschlägen in Norditalien beteiligt.

„Erstaunlich ist das Erstaunen, das in manchen öffentlichen Äußerungen zum Ausdruck kommt.“

Ein Paar Halbschuhe, ein Fahrrad mit einer Aktentasche, weiße Striche auf dem Kurfürstendamm vor der Zentrale des "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS) in Berlin – Spuren des Attentates auf Rudi Dutschke. Am 11. April 1968 hatte Josef Bachmann ihn vor dem Büro angesprochen "Sind Sie Rudi Dutschke?". Der erste Schuss traf Dutschke in den Kopf. Er konnte gerettet werden, stirbt aber elf Jahre später an den Spätfolgen. In Peine gehörte Bachmann einer rechten Schießplatz-Allianz um NPD-Mitglieder an. Als er abdrückte hatte er einen Artikel aus der rechtsextremen "Deutsche National-Zeitung" dabei.

In den 1970er Jahren stießen Ermittler bei Rechtsextremen immer wieder auf Waffen, Munition und Anschlagplänen. Gewaltbereite Gruppen fanden sich zusammen. Am 13. September 1979 endete in Bückeburg vor dem Oberlandesgericht Celle ein Verfahren gegen Mitglieder der "Wehrsport-

gruppe Werwolf" und der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Vier Beschuldigte verurteilte das Gericht als Mitglieder einer terroristischen Vereinigung. Der erste Prozess gegen Rechtsterroristen, der heute kaum im öffentlichen Bewusstsein ist.

Den Anwälten der Kinder des NSU-Opfers Şimşek, Stephan Lucas und Jens Rabe, fällt auf, dass "die RAF-Gewalt" als gesamtgesellschaftliche "Kriegserklärung" wahrgenommen wurde, aber der rechte Terror nicht. "Liegt das daran, dass es eine schwache Bevölkerungsgruppe trifft?" fragen sie. Fast ebenso außerhalb von Expertenkreisen kaum erinnert: 1980 verbot das Bundesinnenministerium die "Wehrsportgruppen Hoffman" (WGH). Der Grund: Ab 1973 hatte sie sich mit 400 Männern und Frauen zum personalstärksten Zusammenschluss der militanten Gruppen entwickelte. Einzelne Mitglieder der Gruppe um Karl-Heinz Hoffmann verübten Anschläge und Morde – auch den bisher größten Terroranschlag in der Bundesrepublik.

Plötzlich schoss ein großer Feuerball hoch. Am 26. September 1980 starben bei einem Bombenschlag während des Oktoberfestes in München 13 Menschen, 211 wurden verletzt. Nahe einem Papierkorb, in dem die Bombe versteckt war, fanden Ermittler die Leiche des Attentäters: Gundolf Köhler, der an zwei Übungen der WGH teilnahm. Trotz zahlreicher Hinweise wird offiziell von einem Einzeltäter ausgegangen.

Gut einen Monat zuvor, in der Nacht zum 22. August, verübten zwei Männer und eine Frau der "Deutschen Aktionsgruppen" um Manfred Roeder einen Brandanschlag in Hamburg, bei dem Ngoc Nguyễn und Anh Lân Dô starben. In Stuttgart verurteilte das Oberlandesgericht Roeder 1982 als Rädelsführer einer terroristischen Vereinigung zu einer Haftstrafe. 1996 stand er wegen Beschädigung der "Wehrmachtsausstellung", die die Verbrecher der Wehrmacht zeigte, in Erfurt vor Gericht. "Unsere Großväter waren keine Verbre-

cher" hielten Kameraden ein Transparent im Saal hoch, unter ihnen: Mundlos und Böhnhardt. Sie waren, wie Zschäpe, seit Anfang der 1990er Jahre in der Kameradschaftsszene aktiv.

Jene Jahre hält David Begrich, von "Miteinander e.V." aus Sachsen-Anhalt, für die Szene nachhaltig prägend. Auf die Angriffe auf Flüchtlinge und nicht rechte Jugendliche folgten kaum Repressionen. Die Brandanschläge in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen euphorisierte die Szene zudem, hebt Begrich hervor. Hatten doch Anwohner teils applaudiert als Molotowcocktails flogen, teils gar selbst geworfen. Von 1990 bis 1995 starben allein 69 Menschen durch rechtsextrem motivierte Täter. In den Strukturen, wie "Blood & Honour" (B&H), diskutierte die Szene über einen "bewaffneten Kampf". Das Konzept des "Führerlosen Widerstandes", nach dem kleine Zellen den bewaffneten Kampf führen sollen, wurde 1996 im Magazin "Division Deutschland" von B&H propagiert: "Die Patrioten von heute müssen sich auf (...) den Rassenkrieg vorbereiten und dafür muss man geheime Strukturen schaffen".



Doris Riedel (Präsidium, DFR) Foto: © Doris Riedel

Zwei Jahre später, 1998, haben Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe Rohrbomben gebaut, tauchten mit Hilfe von B&H-Kader ab, bekamen über sie Wohnungen, Geld und Waffen. Ein Netzwerk, das trug.

In den Sicherheits- und Geheimdienstbehörden galt aber bis 2011, dass in der Szene für militante Zellen eine "wirkungsvolle Unterstützerszene" fehlen würde. Es durfte nicht sein, was nicht sein durfte. Bei

den Ermittlungen überprüften die Kriminalbeamten nicht eine der gefundenen Adressenlisten von Mundlos. Sie wären ansonsten 1998 auf Helfer des Trios gestoßen.

Vier von ihnen betreten mit Zschäpe den Saal A 101, sie werden beschuldigt Geld, Papiere, Wohnungen und Waffen besorgt zu haben. Zwei der Beschuldigten Holger G. und Carsten S. sagten bei der Polizei aus. Im Saal gab S. gar einen Hinweis auf einen nicht aufgeklärten Bombenschlag. Bei der Übergabe der Mordwaffe im Frühjahr 2000, hätte einer "der Uwes" erzählt, "in Nürnberg in irgendeinem Laden eine Taschenlampe hingestellt" zu haben. Am 23. Juni 1999 verletzte in einer türkischen Gaststätte in der bayrischen Stadt eine Bombe einen Mitarbeiter - der Sprengsatz war in einer Taschenlampe. Ein politischer Hintergrund wurde nicht vermutet.

Quelle: Speit A.: Vortrag: Erstaunliches Erstaunen. 2013

Ausgrenzendes Denken und Handeln - Phänomen des gesellschaftlichen Randes oder längst in der Mitte angekommen? (Andreas Speit)

Seit Jahren weist die Friedrich-Ebert-Stiftung anhand eindeutiger empirischer Befunde darauf hin, dass rechtsextremes Denken in Deutschland kein „Randproblem“, sondern eines der Mitte der Gesellschaft ist. Die seit 2006 im Zweijahresrhythmus von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen „Mitte“-Studien belegen, dass rechtsextreme Haltungen in allen Teilen der Gesellschaft in erheblichem Maße anzutreffen sind. Auch 2012 wurde wieder eine bundesweite repräsentative Befragung durchgeführt: „Die Mitte im Umbruch“ ist ein Barometer aktueller antidemokratischer Einstellungen in Deutschland.

„Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland verharren auf einem hohen Niveau.“

1. Rechtsextreme Einstellungen bleiben auf hohem Niveau

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland verharren auf einem hohen Niveau. Während die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur abnimmt, ist Chauvinismus bundesweit bei knapp 20% der Bevölkerung anzutreffen. Die Ausländerfeindlichkeit ist mit 25,1% bezogen auf ganz Deutschland die am weitesten verbreitete rechtsextreme Einstellungsdimension.

Der Antisemitismus ist bei rund jedem elften Deutschen manifest und findet sich zum ersten Mal bei Ostdeutschen häufiger als bei Westdeutschen. Schien die Verharmlosung des Nationalsozialismus bisher vor allem ein Problem in Westdeutschland, ist sie nun ebenfalls im Osten deutli-

cher ausgeprägt. Dabei finden sich zwischen den Bevölkerungsgruppen differenziert nach Merkmalen wie Alter, Bildungsgrad oder Migrationshintergrund deutliche Unterschiede. Über alle Dimensionen hinweg ist Bildung ein „Schutzfaktor“ gegen rechtsextreme Einstellungen: Personen mit Abitur neigen prozentual deutlich weniger zu rechtsextremem Denken als Personen ohne Abitur. Besonders ausländerfeindlich eingestellt zeigen sich Arbeitslose. Antisemitismus ist unter Ruheständlern am weitesten verbreitet. Bei den über 60jährigen finden sich bundesweit in allen Dimensionen die höchsten Werte.

Bezogen auf ganz Deutschland ist im Vergleich zu 2010 ein Anstieg rechtsextremen Denkens (geschlossenes rechtsextremes Weltbild) von 8,2% auf 9,0% zu verzeichnen. Einem moderaten Rückgang in Westdeutschland (von 7,6% auf 7,3%), steht ein massiver Anstieg in Ostdeutschland (von 10,5% auf 15,8%) gegenüber. Dieser Trend zeigt sich auch im Zeitverlauf seit 2006: Während die Gruppe derjenigen mit geschlossenem rechtsextremem Weltbild in Westdeutschland kontinuierlich von 9,1% auf 7,6% gesunken ist, hat sie sich im Osten von 6,6% auf 15,8% mehr als verdoppelt.

2. Zunahme der Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern

Während in Westdeutschland 2012 jeder fünfte Bürger eine ausländerfeindliche Einstellung hat, denken in Ostdeutschland fast 39% manifest ausländerfeindlich. Der Wert für den Osten steigt seit 2004: Damals zeigte sich jeder vierte Ost- wie Westdeutsche ausländerfeindlich. Trotz vielfältiger Bemühungen um die Stärkung der Zivilgesellschaft und trotz erfolgreich arbeitender Projekte sind in den letzten Jahren positive Effekte nur im Westen festzustellen. Einmal mehr bestätigt sich, dass Ausländerfeindlichkeit da besonders hoch ist, wo kaum Migranten leben.



v.l.n.r.: Andreas Speit (Referent), Doris Riedel (Präsidium, DFR)
Foto: © Miruna Bucurescu

Für die besorgniserregende Tendenz im Osten werden von den Autoren u.a. ökonomische Strukturmerkmale als Ursache vermutet, vor allem das Phänomen der Entkopplung bestimmter Regionen von der allgemeinen sozioökonomischen Entwicklung (insbesondere „abdriftende“ ländliche Regionen). Allerdings gibt es solche abwärtsdriftende Regionen nicht nur im Osten sondern auch im Westen.

Generell schneiden Stadtstaaten (Berlin, Hamburg) besser ab als ländlich geprägte, weniger industrialisierte Flächenstaaten. Rechtsextremismus ist also ausdrücklich nicht nur ein Problem des Ostens. Allerdings ist der sonst übliche Alterseffekt in Ostdeutschland teilweise gegenläufig: Die Ostdeutschen weisen in der jungen Altersgruppe (14-30 Jahre) anders als in früheren Befragungen bei der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Sozialdarwinismus und der Verharmlosung des Nationalsozialismus höhere Werte auf als in der Altersgruppe über 60. Die Ausländerfeindlichkeit beläuft sich bei jungen Ostdeutschen auf 38,5%.

3. Zustimmung zur Demokratie

Gleichzeitig ist die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie als Staatsform erfreulich hoch (Gesamtdeutschland 94,9%) und in Ost wie West gegenüber 2010 auch noch gestiegen. Diese Ergebnisse können allerdings nicht wirklich beruhigen, denn das Bild trübt sich ein, fragt man nach der Zufriedenheit mit der Demokratie in der

Bundesrepublik, wie sie tatsächlich funktioniert (hier liegt der Wert für Gesamtdeutschland bei 50,6%).

Außerdem wird von den Bundesbürgern Demokratie selten aktiv praktiziert. Die Deutschen nehmen zwar mit 67,6% Wahlen als die zentrale Form der politischen Partizipation wahr, 42,3% der Befragten haben sich schon an Unterschriftenaktionen beteiligt und knapp 20% an genehmigten Demonstrationen teilgenommen. Dagegen können sich nur 14,5% vorstellen, aktiv in einer politischen Partei mitzuarbeiten. Schon getan haben dies sogar nur 10,5%.

Ferner hängt die Zustimmung zur Demokratie eng mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen: Der Anteil derjenigen, die die eigene wirtschaftliche Lage positiv sehen, nimmt seit 2006 in Ost- und Westdeutschland kontinuierlich zu. Bundesweit sehen sich 51% gut bis sehr gut gestellt, während es 2006 nur 38,5% waren. 66,7% der Bevölkerung rechnen auch nicht mit einer Veränderung binnen Jahresfrist. So ist es weniger die individuelle wirtschaftliche Deprivation, sondern stärker die negative Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland insgesamt, die mit rechtsextremen Einstellungen zusammenfällt.

4. Primärer und sekundärer Antisemitismus

Die „Mitte-Studien“ belegen seit Jahren, dass mit leichten Schwankungen knapp 10% der Deutschen manifest antisemitisch eingestellt sind. Allerdings ist auch eine „Kommunikationslatenz“ zu beobachten. Das heißt, Deutsche äußern ihren Antisemitismus nicht im selben Maße offen, wie zum Beispiel Ausländerfeindlichkeit. Erstmals in einer „Mitte-Studie“ wurde neben der Zustimmung zu „klassischen“ antisemitischen Aussagen auch sekundärer Antisemitismus gemessen („Antisemitismus trotz und wegen Auschwitz“). Beispielsweise stimmen 31,9% der Deutschen dem Satz zu: „Die Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen

Vorteil aus.“ Durchgängig ist die Zustimmung zu sekundär-antisemitischen Aussagen noch höher als die zu primärantisemitischen Aussagen. Beim primären Antisemitismus fällt zudem auf, dass dieser gerade in der muslimischen Bevölkerung sehr ausgeprägt ist. Beim sekundären Antisemitismus erreichen Muslime in Deutschland dagegen eher durchschnittliche Werte.

5. Islamfeindschaft und Islamkritik

Wie die Ausländerfeindlichkeit allgemein, so ist insbesondere die Islamfeindschaft in den letzten Jahren zunehmend zum Propagandafeld für rechtsextreme Parteien geworden. Warum, das belegen die Zahlen der Erhebung: Eine Rückständigkeit des Islams empfinden 57,5% der Deutschen, 56,3% halten den Islam für eine „archaische Religion“. Es zeigt sich, dass sich Rassismus in hohem Maße auf den Islam verschiebt und damit im neuen Kleid des Kulturalismus daherkommt: Die rassistischen Ressentiments werden mit einer religiös kulturellen, nicht mehr mit einer phantasierten biologischen Rückständigkeit begründet.

Die Studie erfasst Islamfeindlichkeit und sachliche Islamkritik differenziert. Beide Phänomene lassen sich voneinander abgrenzen, wobei islamfeindlich eingestellte Personen in der Regel auch den islamkritischen Aussagen zustimmen. Einzelnen islamfeindlichen Aussagen wird von etwa 50% bis nahezu 60% der Befragten ganz oder überwiegend zugestimmt. Die Zustimmungswerte bei der Islamkritik liegen bei über 60%. Interessant ist ferner, dass die islamfeindlich Eingestellten höhere Mittelwerte bei sozialer Deprivation verzeichnen als die Islamkritischen.

6. Politische Einstellung Migrantinnen und Migranten

Die neue FES-„Mitte-Studie“ erfasst erstmals auch politische Einstellungen abhängig davon, ob die Personen einen Migrationshintergrund (mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren) haben oder

nicht, sowie als dritte Gruppe Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

„Demokratie wird oft nicht als etwas erlebt, was einen selbst betrifft.“

Insgesamt ist die Zustimmung zum Rechtsextremismus-Fragebogen bei den Befragten mit Migrationshintergrund erwartungsgemäß niedriger, nicht so jedoch bei der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur. Außerdem ist der Unterschied in der Dimension „Antisemitismus“ nicht besonders groß. Hinzu kommt: Die Gruppe der Befragten ohne deutsche Staatsbürgerschaft hat in diesen beiden Dimensionen die höchste Zustimmung.

Ebenso fällt auf, dass diese Gruppe den höchsten Wert in der Dimension „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ aufweist. Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind zudem nicht weniger autoritär eingestellt als solche im Besitz derselben, eher im Gegenteil. Außerdem stimmt die Gruppe ohne deutsche Staatsbürgerschaft tendenziell primär antisemitischen Aussagen zu, Deutsche (mit und ohne Migrationshintergrund) dagegen eher sekundär antisemitischen Aussagen. Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind häufiger von sozialer und politischer Deprivation betroffen. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund äußert sich dies in einer vergleichsweise sehr hohen Nichtwählerquote.

Auch andere Formen politischer Partizipation (z.B. Demonstrationen oder Teilnahme an öffentlichen Diskussionen) werden seltener wahrgenommen. Was für die Menschen in Deutschland allgemein gilt, trifft in besonderem Maße auch auf diejenigen mit Migrationshintergrund zu: Demokratie wird oft nicht als etwas erlebt, was einen selbst betrifft. Integration und Inklusion bleiben eine wichtige gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe.

7. Konsequenzen

Was ist zu tun? Dem Kampf gegen rechts muss auch über das durch die „NSU“-Mordserie bedingte Aufmerksamkeitshoch hinaus höchste Priorität eingeräumt werden. Außerdem gilt es, die Demokratie selbst zu stärken. Das bedeutet: Nicht nur mehr Demokratie, sondern auch mehr Politik zu wagen. Gerade in sogenannten Krisenzeiten darf nicht mit Sachzwängen argumentiert werden. Vielmehr müssen die zweifellos tiefgreifenden und vielfältigen gesellschaftlichen Umbrüche aktiv gestaltet werden.

Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen sozialer Spaltung bzw. sozialstruktureller Desintegration und menschenfeindlichem Denken. Auf europäischer wie auf nationaler Ebene ist es deshalb besonders wichtig, sozio-ökonomische Fragen, also Fragen der Wohlstandsverteilung, als eben solche auszuhandeln. Soziale Konflikte zu ethnisieren, spielt nur dem Rechtspopulismus und der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in die Hände. Die Anstrengungen zur Stärkung der Demokratie müssen intensiviert werden. Zivilgesellschaftliche Projekte mit einer „Extremismusklausel“ unter Generalverdacht zu stellen und gleichzeitig die menschenverachtende Ideologie des Rechtsextremismus mit einem wie auch immer gearteten Linksextremismus gleichzustellen, ist inakzeptabel und kontraproduktiv. Die sehr reale rechtsextreme Bedrohung darf nicht durch die Gleichsetzung mit einer fiktiven Bedrohung durch Linksextremismus relativiert werden.

Quelle: Decker O., Kiess J., Brähler E. et al.: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2012.

Mitläuferinnen und Macherinnen – Mädchen und Frauen in der extremen Rechten

(Ellen Essen)



Foto: © Ellen Essen

Ellen Esen

Ellen Esen, Jg. 1960, Politik- und Geisteswissenschaftlerin, Staatsexamen, Mitarbeit in Forschungsprojekten zur Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik, der historischen Frauenbewegung. Seit den 90er-Jahren tätig in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Organisation und Konzeption von Veranstaltungsreihen zu den Themen Sekten- und Psychogruppen, Kinderarmut, Sozialstaatsentwicklung, Drogen, Jugendgewalt, Rechtsextremismus. Kontakt ist über die Jugendstiftung möglich.

Endlich „gleichberechtigt“? Rechtsextreme Orientierungen bei Mädchen und Frauen – Bestandsaufnahme und Handlungsansätze für die pädagogische Praxis

Die rechte Szene gilt als Männerbastion, doch schon lange wirken Frauen und Mädchen in den verschiedenen Spektren des Rechtsextremismus mit. Neu ist allerdings, dass sie mehr und mehr als politische Akteurinnen in den Vordergrund treten. Dies wird seit kurzem von rechtsextremen Parteistrategen explizit gefördert. Man hat erkannt, dass Frauen eine wichtige Rolle als Türöffnerinnen auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft spielen. Kaum ein Event der rechten Szene kommt heute ohne spezielles Begleitprogramm für Kinder und Jugendliche aus. Solche Feste und die steigende Präsenz von Frauen verleihen der rassistischen Ideologie einen freundlichen Anstrich. Sie dienen der Rekrutierung neuer Anhängerinnen und sollen das angeschlagene Image der Rechtsextremen aufpolieren. Zugleich stabilisieren

Frauen die Szene, denn sie entbinden den stolz-deutschen Mann von einer Brautschau außerhalb des eigenen ideologischen Umfelds.

Als ehrenamtlich Tätige wirken Rechtsextremistinnen in Elternbeiräten mit, geben Unterricht in Sportvereinen, organisieren Mutter-Kind-Treffen, Sonnenwendfeiern etc. Ihre politische Ideologie verstecken sie zwar nicht, aber mit offensiven und plakativen Aussagen üben sie zunächst Zurückhaltung. Klischeevorstellungen über rechtsextreme Frauen machen ihr Wirken leicht. Kaum eine der aktiven Rechtsextremistinnen sieht aus wie aus einem BDM-Film entsprungen mit Zöpfen und langen Röcken oder läuft martialisch gekleidet als Skingirl durch die Gegend. Es sind erschreckend normale Mädchen und Frauen, die sich ganz rechts engagieren. Sie entstammen allen Gesellschaftsschichten und Berufsgruppen und bilden einen Querschnitt durch die Bevölkerung.

Kaum ein Event der rechten Szene kommt heute ohne spezielles Begleitprogramm für Kinder und Jugendliche aus.

Gemeinsam ist ihnen ein völkisches Weltbild: Sie sind Rassistinnen, Antisemitinnen, extreme Nationalistinnen. Sie bekämpfen den demokratischen Staat, das von ihnen verhasste System. Doch solange sich das Bild der friedfertigen Frau hält, die resistent ist gegenüber rechtsextremen Welterklärungsmodellen, werden die braunen Kameradinnen als politische Akteurinnen nicht wahr- und ernst genommen.

Habt mich nie gefragt...

„Hab mich nie gefragt, warum ich so fühl. Hab mich nie gefragt, worum es hier geht. Hab mich nie gefragt, was ich so treibe“, klagt Annett, NPD-Mitglied und Szenestar, in ihrem Lied „Verraten, verkauft, belogen, verloren“ ihre Eltern an. Nie

gefragt? Es stellt sich in der Tat die Frage, was an dem rechtsextremen Gedankengut für Frauen und Mädchen attraktiv ist. Welche Hintergründe haben sie und welche Ziele verfolgen sie? Was suchen und finden sie in extremen Gruppierungen?

Der Kenntnisstand über Motive von Frauen ist gering und in der Politik werden diese grundsätzlich als Akteurinnen am Rande betrachtet. Zum anderen ist der Fokus in der öffentlichen Berichterstattung über Rechtsextremismus verengt auf spektakuläre Gewalttaten. Als Täter tritt der stolz-deutsche Recke, glatzköpfig, stiernackig, sozial randständig und bildungsfern medial in Erscheinung. Dieses Klischee bestimmt unsere Vorstellung vom Rechtsextremismus.

Empirische Befunde zur Beteiligung von Frauen im Rechtsextremismus

Als Täter tritt der stolz-deutsche Recke, glatzköpfig, stiernackig, sozial randständig und bildungsfern medial in Erscheinung. Dieses Klischee bestimmt unsere Vorstellung vom Rechtsextremismus.

Untersuchungen über politische Einstellungen lassen hingegen keinen Zweifel daran, dass Frauen und Männer gleichsam rechtsextremen Einstellungsmustern anhängen. Die Geschlechter erreichen in solchen Umfragen durchweg und über Jahre hinweg eine Parität. Im Ausleben jener Einstellungen – vom Gedanken zur Tat – haben jedoch Männer die Nase vorn. Bei der Beteiligung an Straf- und Gewalttaten ist der Anteil von Frauen beständig gestiegen, aber er ist mit 5-10 Prozent immer noch marginal, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, dass Mädchen und Frauen nicht zuletzt als Anstifterinnen im Hintergrund sehr wohl an Straftaten mitwirken. Diese wird jedoch meist von Frauen gutgeheißen bzw. stillschweigend gebilligt.

Ring nationaler Frauen

Eine bemerkenswerte Veränderung zeigt sich aktuell im Wahlverhalten von Frauen. Stellten sie in der Vergangenheit maximal ein Drittel der Wählerschaft rechtsextremer Parteien, so ist dieser Wert deutlich angestiegen. Eine Repräsentativerhebung Leipziger Wissenschaftler ergab, dass der Anteil von Frauen, die ihr Kreuz bei einer rechtsextremen Partei machen (NPD, DVU, REP), von 26,5% (2006) auf 36,4% (2009) in die Höhe geschossen ist. Eine Ursache dieser Entwicklung könnte sein, dass die NPD verstärkt auf soziale Themen setzt, Frauen ein Müttergehalt offeriert und zudem ein Kindergeld in Höhe von 500 Euro in Aussicht stellt. Solche Vergünstigungen sind jedoch ausschließlich für deutsche Frauen und Familien gedacht und offenbaren das rassistische Gesicht der Partei. Möglich ist außerdem, dass die „taktische Zivilisierung“ erste Früchte trägt und ein damit verbundenes moderateres Auftreten rechtsextremer Parteien Frauen zur Stimmabgabe bewegt.

NPD setzt verstärkt auf soziale Themen

Die Frauenorganisation der NPD, der 2006 gegründete „Ring Nationaler Frauen“ reklamiert für sich, dass es auch ihr Erfolg ist, wenn Frauen für „nationale“ Parteien votieren. Gitta Schüßler, Landtagsabgeordnete der NPD in Sachsen, sagt: „Nachdem die NPD jahrzehntelang den Ruch einer ewig gestrigen Altherrenpartei hatte, ist es uns, auch durch die Gründung des Rings Nationaler Frauen, gelungen, unter dem Motto ‚Frau – sozial und national‘ zunehmend Frauen für nationale Themen zu interessieren und anzusprechen.“ Über die Partizipation von Frauen in rechtsextremen Organisationen existieren kaum belastbare, nachprüfbar Zahlen. Eigenangaben zufolge verfügt die NPD bundesweit über einen Frauenanteil von etwa 25 Prozent. Bei Neueintritten sollen es sogar 50% sein. Verglichen mit Frauenanteilen

von demokratischen Parteien würde die NPD somit nicht aus dem Rahmen fallen, sondern etwa gleichauf mit der FDP und noch vor der CSU liegen. Parteipolitik ist in Deutschland demnach – trotz amtierender Bundeskanzlerin – ganz überwiegend und generell Männersache. Zahlen über das Ausmaß des Rechtsextremismus liefern die alljährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder. Grundlage einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz sind tatsächliche Handlungen und Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Somit ist der Begriff des Extremismus eng gefasst und er unterscheidet sich von sozial- und politikwissenschaftlichen Betrachtungsweisen, die sich insbesondere für die dem Verhalten zugrunde liegenden politischen Einstellungen interessieren. Weder Verfassungsschutz noch Sozial- und Politikwissenschaft operieren mit einheitlichen Begriffen und Messeinheiten, sodass es grundsätzlich schwierig ist, expolierte Daten zu vergleichen und Trends abzuleiten. Das gilt insbesondere für das Themenfeld „Frauen und Rechtsextremismus“. Nur wenige Verfassungsschutzämter weisen die zahlenmäßige Beteiligung von Frauen im Beobachtungsfeld Rechtsextremismus überhaupt aus. Das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz beziffert den Frauenanteil am rechtsextremistischen Personenpotenzial im „Ländle“ auf 18,5% im Jahr 2008. Verfassungsschützer aus Brandenburg melden für das Jahr 2009 11% Frauen, womit ihr Land im Bundesdurchschnitt liegen würde. Wie sich dieser Anteil in den verschiedenen Bereichen (Parteien, Kameradschaften etc.) ausprägt, wird nicht erläutert. Allein der Berliner Verfassungsschutz hat sich mit dem Thema „Frauen und Rechtsextremismus“ eingehender beschäftigt und im Sommer 2009 eine Broschüre zu der Problematik herausgegeben. In ihr heißt es: „Der Anteil der Frauen an den bekannten Personen des organisierten Rechtsextremismus insgesamt beträgt rund 13%. Im parlamentsorientierten Rechtsextremismus liegt er bei rund 16%, im aktions-

orientierten bei rund 13% und im diskursorientierten bei 8%.“

Marktsegment „Girlie Devotionalien“

„Jenseits der Parteistrukturen entwickelt sich eine nahezu entgrenzte rechte Jugendkultur.“

Die Partizipation von Frauen im parteipolitischen Feld lässt sich bei Kandidaturen für rechtsextreme Parteien am eindeutigsten belegen. Gleichwohl fehlen dazu vergleichende Studien. Für Baden-Württemberg gilt: Von den 38 NPD-Direktbewerbern zur Bundestagswahl 2009 waren sieben weiblich, was einem Anteil von 18,4% entspricht. Das Durchschnittsalter der Kandidatinnen lag bei ca. 54 Jahren. Dies zeigt, dass die weibliche Seite des Rechtsextremismus keinesfalls als ein Jugendphänomen gelten kann. Überwiegend junge Frauen trifft man vor allem im Kameradschaftsspektrum, in rechtsextremen Cliquen und natürlich bei der Jugendorganisation der NPD, der JN. Jenseits der Parteistrukturen entwickelt sich zudem eine nahezu entgrenzte rechte Jugendkultur. Mit der Abkehr von der Skinhead-Szene wird sie für Mädchen und Frauen attraktiv, die sich vorher vom martialischen und sexistischen Auftreten der trinkfesten, rechtsextremen Glatzenträger abgeschreckt fühlten.

Eine verstärkte Präsenz von Frauen im rechtsextremen Spektrum zeigt sich am augenfälligsten bei Aufmärschen, Kinder- und Familienfesten und beispielweise auch im Versandangebot rechtsextremer Händler. Seit der Jahrtausendwende kommt kein Anbieter rechter Devotionalien mehr ohne eine Girlie-Abteilung aus, in der Bekleidungsstücke, Schmuck etc. für Frauen und Mädchen angeboten werden. Zurzeit wird das Marktsegment auf Artikel für den „nationalen Nachwuchs“ ausgeweitet.

Nimmt man alle quantitativen Befunde und Einschätzungen zusammen, so verbietet es sich, Rechtsextremismus als ein Männerphänomen anzusehen. Frauen und Mädchen mischen in allen Bereichen mit. Die Tendenz geht in die Richtung von mehr weiblicher Beteiligung – leider auch an Straftaten.



Verkaufsartikel der rechten Szene, Foto © Doris Riedel

Rechtsextreme Frauen und Mädchen: Einstiegsmotive

Es gibt nur wenige Studien, die sich explizit mit den Einstiegsmotiven und Orientierungen rechtsextremer Frauen und Mädchen beschäftigen. Eine detailreiche Studie hat Michaela Köttig vorgelegt (vgl. Köttig 2004). Sie kommt zu dem Ergebnis, dass rechtsextreme Handlungs- und Orientierungsmuster in einem lebenslangen Prozess entstehen und sich durch das Zusammenwirken sozialer Rahmenbedingungen sowie biografischer und familiengeschichtlicher Erfahrungen aufbauen. Köttig wies insbesondere auf unbearbeitete familiengeschichtliche Ereignisse aus der NS-Zeit hin, die von den Mädchen – z.T. unbewusst – aufgegriffen werden, auf problematische und brüchige Eltern-Kind-Beziehungen und nicht zuletzt auf außerfamiliäre Rahmenbedingungen, die sie animieren, sich der rechten Szene zuzuwenden bzw. in ihr zu verbleiben.

Der letztgenannte Punkt spielt auf die Angebotspalette rechtsextremer Organisationen an, wenn man so will „Gelegenheitsstrukturen“, aber auch auf eine latente bis

offene Unterstützung ihrer Haltungen und Aktivitäten durch ein Umfeld (Schule/Sozialarbeit/Gruppe Gleichaltriger etc.), das nicht ausreichend sensibilisiert ist, die bedenklichen politischen Positionen nicht ernst nimmt oder gar „kammheimlich“ teilt. Gertrud Siller, die sechs Berufsschülerinnen im Alter von 18 bis 25 Jahren interviewte, weist nach, dass Frauen rechtsextreme Orientierungen besonders dann entwickeln, wenn sie ihre Lebensentwürfe polarisieren (vgl. Siller 1997). Entweder versuchen sie, sich an Männlichkeitsstereotypen von Härte und Stärke anzugleichen, um darüber Gleichberechtigung und Gleichheit mit Männern zu erreichen, oder sie orientieren sich an traditionellen Weiblichkeitsstereotypen und fordern von Männern Sicherheit und Schutz.

Obwohl polarisierte Lebensläufe nicht zwangsläufig in einer rechtsextremen Orientierung münden müssen, ist es ein Verdienst von Gertrud Siller, dass sie an konkreten Lebensumständen aufgezeigt hat, dass Frauen über das traditionelle Frauenbild hinaus bei rechtsextremen Gruppierungen attraktive und aktive Handlungsspielräume finden können und eben nicht nur in der Rolle des „Heimchens am Herd“ aufgehen müssen. Aus Gesprächen mit Rechtsextremistinnen, mit Aussteigerinnen und aus Aussagen von Mädchen und Frauen in rechtsextremen Diskussionsforen ergeben sich verschiedene Einstiegsmotive. Die Spannbreite reicht vom „dummen Zufall“ über fehlende Alternativen zur lokal dominanten rechten Szene, der Suche nach Thrill, Spannung, Abenteuer.

Einige Mädchen sagen, sie hätten sich bewusst abgrenzen wollen gegenüber den von ihnen als links-liberal bezeichneten Elternhäusern. Ihren Einstieg sehen sie in einer pubertären Protestphase begründet. Allerdings wird diese kritische Lebensphase nicht als alleiniger Grund genannt, sondern hinzu kommt die persönliche Begegnung und Ansprache von Gleichaltrigen, die sich bereits in rechtsextremen Zusammenhängen befinden und quasi als Türöffner fungieren. Wieder andere orientieren sich an ihren Großeltern, die sie als

Altnazis beschreiben, manche entstammen rechtsextremen Elternhäusern und haben die rechtsextreme Ideologie quasi mit der Muttermilch aufgesogen. Für sie ist es selbstverständlich, Familientraditionen fortzusetzen. Viele sind über den Freund in die Szene gekommen, doch messen sie dieser Tatsache nicht allzu große Bedeutung bei. Dabei ist nicht auszuschließen, dass sie diesen Einstiegsgrund bewusst herunterspielen, um nicht als fremdgesteuertes Anhängsel der Männer zu gelten. Isabell P., Betreiberin einer „Nationalen Elternseite“ und ehemals Chefin der mittlerweile aufgelösten „Aktiven Frauen Fraktion“, sagt über ihren Einstieg, der im Teenageralter erfolgte: „... ich bin durch meinen Freund in die Szene gekommen, und? War das schlecht? Meine Auffassung und Ideologie hatte ich vorher schon, gebildet habe ich mich auch immer selber, mein damaliger Freund und die sogenannte „Szene“ waren für mich persönlich damals zumindest eh nur zum Spaß machen da. Konzerte, Feten, mehr konnte man mit denen eh nicht anfangen. Mein politischer Weg begann dann viel später, aber seitdem auch richtig intensiv und ich glaube, Frauen zu kennen, die mehr Grips und Wissen im Kopf haben als manch ein Kerl.“

Frauen finden über das traditionelle Frauenbild hinaus bei rechtsextremen Gruppierungen attraktive und aktive Handlungsspielräume.

Schlechte Erfahrungen mit „Ausländern“ werden von etlichen Mädchen und Frauen angeführt. Dumme Anmache, sexuelle Übergriffe, Gewalt werden ihnen angelastet. Dennoch scheint es nicht allein oder gar primär die Übereinstimmung mit einer rassistischen Ideologie zu sein, die junge Menschen nach ganz rechts treibt.

Elke, ehemals Anführerin einer rechtsextremen Kameradschaft und in überregionalen Netzwerken von Neonazis aktiv, meint: „Im Endeffekt denke ich, dass viele Faktoren zusammenspielten, aber ein großer

Faktor war der stumme Schrei nach Anerkennung und Aufmerksamkeit. Ich rede heute viel mit meinen Eltern (...), es heißt, ich sei das liebste und bravste Kind gewesen, bis ich 12 war. Und dann fing meine Rebellion an. Dass es gerade die rechte Szene war, war dann wohl eher ein dummer Zufall als zum damaligen Zeitpunkt eine Überzeugung.“ Die Anbindung an die rechte Szene erfolgt bei Elke schließlich über den Fußball und das gemeinsame Hören rechtsextremer Musik. Die Kameraden hofieren das junge Mädchen, was ihrem Selbstbewusstsein schmeichelt. Jedoch bleibt Elke keineswegs und lediglich ein schmückendes Anhängsel in einer männerdominierten Gruppe, sondern sie entwickelt sich schon bald zu einer Führungsperson. Die Kameraden schauen zu ihr auf, sehen in ihr ein ideologisches und persönliches Vorbild und verleihen ihr den Spitznamen Mutti.



Ellen Esen (Referentin), Foto: © Miruna Bucurescu

Patricia, die sich ebenfalls im Kameradschaftsspektrum bewegte, trennt ihre Zugehörigkeit zur Szene in zwei Phasen: eine subkulturelle und eine politische. In Phase eins überwog für sie die Teilnahme an diversen Freizeitaktivitäten, das Eintauchen in die Erlebniswelt des Rechtsextremismus, der Besuch von Konzerten oder schlicht der gemeinsame Kneipenbesuch. Erst nach und nach und fließend vollzog sich die Entwicklung zu einer politischen Aktivistin, die nicht nur gängige Stammtischparolen im Munde führte, sondern die anfing, Schriften aus dem Dritten Reich zu lesen, sich ideologisch zu rüsten. Sie wollte mithalten und beweisen, dass

Frauen keine Menschen zweiter Klasse sind, sondern ernstzunehmende Mitstreiterinnen im politischen Kampf.

Attraktivitätsmomente der rechten Szene – eine Hitliste

„Suche nach Anerkennung und einem attraktiven Spaßfaktor.“

Reinhard Koch, Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG), sagt: „Es ist nicht die rechtsextreme, rassistische Ideologie, die unmittelbar zum Eintritt in eine Gemeinschaft führt, sondern idealtypisch eine Suche nach Anerkennung und einem attraktiven Spaßfaktor“ (vgl. Koch/Pfeiffer, 2009). Genau diesen Spaßfaktor offeriert die rechte Szene heutzutage mit wachsender Professionalität. Jugendgerechte Angebote finden sich in Form von Musik, Konzerten, Videos, Comics, Zeltlagern, Fußballturnieren, Sonnenwendfeiern etc. Eine besondere Zugkraft können diese Angebote immer dann entwickeln, wenn es an „demokratischen“ Alternativen zum rechten „Kulturangebot“ fehlt.

Mitarbeiterinnen der ARUG haben Jugendliche danach gefragt: „Was gibt dir die rechte Szene“? Aus den Antworten konnte die folgende Hitliste erstellt werden:

- Kameradschaft, Rückhalt, Zugehörigkeit
- Spaß, Partys, Konzerte, Freizeitaktionen
- Teil einer konspirativen Elite zu sein
- Der kleinste gemeinsame Nenner: die Herkunft des Blutes
- Macht über das Wohlergehen, Leben und Tod anderer Menschen
- Einfache Antworten auf komplexe Fragen

- Eintauchen in eine für Erwachsene nicht einsehbare Parallelwelt
- Chance zur Abspaltung vom Elternhaus
- Abenteuerlust
- Entschuldigung für gewalttätige Neigungen
- Scheinlegitimation der Aktionen durch Nichtanerkennung der Regeln des politischen Systems.

Eigenen Beobachtungen nach treffen diese Punkte gleichermaßen auf Jungen wie auch auf Mädchen zu. Allerdings mit der Ausnahme der Gewaltbefürwortung. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Einstieg schon im Alter von 11, 12, 13 Jahren erfolgt, ist es nicht verwunderlich, dass politische Motive zunächst nachrangig sind. Dies gilt nachgerade auch für frauenpolitische Aussagen rechtsextremer Organisationen und Parteien. Für den Einstieg in die rechte Szene scheinen sie zumindest bei jungen Frauen überhaupt keine Rolle zu spielen. Zudem ist es keineswegs so, dass es ein starres, einseitig fixiertes Rollenbild in der rechtsextremen Szene gibt. Sigrid Hunke, eine 1999 verstorbene Theoretikerin der extremen Rechten, konstruierte das Bild einer angeblichen Gleichberechtigung der Geschlechter bei den Germanen. Diese will sie gelebt wissen in der Jetztzeit, allerdings bezieht sie ihre „feministischen“ Forderungen ausschließlich auf die nordischgermanische Frau und erweist sich damit als Rassistin.

Jugendlichen Rechtsextremistinnen dürften die Überlegungen Hunkes weniger bekannt sein. Allerdings ist zu beobachten, dass die Beschäftigung mit der germanisch-heidnischen Mythologie mit ihrer Götterwelt, den Symbolen und Zeichen, eine hohe Anziehungskraft ausübt und identitätsstiftend wirkt. Rechtsextreme machen sich dieses Interesse zu Nutzen und sie profitieren davon, dass die rein

sachliche Auseinandersetzung mit diesem Themenfeld verpönt und durch das Dritte Reich diskreditiert ist. Die Vereinnahmung und Umdeutung der germanischen Mythologie erlaubt es Rechtsextremen außerdem, zentrale Botschaften ihrer Ideologie zu vermitteln, ohne unmittelbare juristische Folgen befürchten zu müssen (vgl. Schuppener 2009). In rechtsextremen Foren schreiben Mädchen und Frauen unter Pseudonymen wie Raginhild, Raskild oder Saxhild und betonen damit einerseits ihre Abkehr vom Christentum, andererseits ihre Bereitschaft zum Kampf (Hild=Kampf).

Sie geben sich selbstbewusst, kämpferisch und stellen für sich eine scheinbar zeitgemäße Mischung aus Fremdenhass und Gleichberechtigung her. Die Mädchengruppe der verbotenen „Kameradschaft Tor“ schrieb auf ihrer Homepage: „Wie schon die Germanin ihre Männer auf das Schlachtfeld zurücktrieb, weil es für sie ein Aufgeben nicht gab, so sollen deutsche Frauen heute Männer vorantreiben im Kampf für Deutschland ...“

„In rechtsextremen Foren schreiben Mädchen und Frauen unter Pseudonymen wie Raginhild, Raskild oder Saxhild.“

Pluralität der Geschlechterbilder und -rollen im Rechtsextremismus

Unter dem Dach eines modernen Rechtsextremismus finden heute sowohl konservativ-traditionell orientierte Frauen ihren Platz als auch „nationale Feministinnen“. Dabei können Frauen und Mädchen ihren Beitrag für das übergeordnete „Projekt Volksgemeinschaft“ frei wählen: Als Mutter, die durch das Gebären und die Erziehung möglichst vieler Kinder dem „drohenden Volkstod“ entgegensteuert oder als politische Akteurin, die sich aktiv für die „nationale Sache“ engagiert – oder beides (vgl. Bitzan, 2008). In der Vielfalt möglicher Rollenbilder liegt letztendlich eine Stärke des Rechtsextremismus. Er umschmeichelt jene, die in ihrer Rolle als Mutter und Hausfrau aufgehen und bietet

ihnen Identität und Rückhalt. Für politische Aktivistinnen bringt er heute zunehmend Anerkennung als geschätzte Mitkämpferinnen gegen das verhasste „System“ der Demokratie (vgl. Essen, 2009 b). Ein Einnehmen und die Wahl verschiedener Rollenbilder impliziert jedoch kein „Entweder-Oder“. Die modisch im Girlie-Style oder martialisch im Autonomen- Outfit auftretenden Frauen der verbotenen „Kameradschaft Tor“ warfen sich anlassbedingt auch schon mal in Schale und traten brav und züchtig mit langen Röcken und Zöpfen auf. Gewissermaßen spielten sie mit den Rollen. Beobachtungen biografischer Verläufe – im Übrigen ein Desiderat der Forschung – könnten zudem zeigen, wie sich rechtsextreme Einstellungen und Handlungen im Lebenslauf verändern und wie sie der jeweiligen Lebenssituation angepasst werden. Für zwei Rechtsextremistinnen, deren Wirken über Jahre hinweg beobachtet wurde, lässt sich feststellen, dass sie ihre „politische Karriere“ im aktionsorientierten Feld begannen und später ihre Aktivitäten mehr und mehr verlagerten, auch zugunsten von Mutterschaft und „Aufzucht“ der Kinder.

Fallbeispiele

Die achtfache Mutter Silvia K. versteht sich heute als „naturverbundene, nationale Bioheidin“. Sie ist Vegetarierin, baut ihr Gemüse nach dem Mondkalender an, benutzt Waschnüsse statt Waschpulver, kuriert Krankheiten mit Naturheilmitteln aus. Sie lehnt Schulmedizin ab, ist strikte Impfgegnerin und die Antibabypille kommt bei ihr sowieso nicht ins Haus. Heute engagiert sie sich vornehmlich im Bereich der Kindererziehung – selbstverständlich in rechtsextremen Zusammenhängen, aber auch als Elternvertreterin an den Schulen ihrer Kinder. Ihre politische Laufbahn begann sie als rechtes Skingirl. „Ich war Skingirl als ich Mutter wurde“, schrieb sie in einem Diskussionsforum der Szene und weiter: „Für mich war aber klar, dass man aus einer Subkultur heraus nicht wirklich deutsch erziehen kann. (...) Ich war also wirklich froh, als ich die ‚Spaßgesellschaft‘

und damit auch die Subkultur verlassen konnte.“

Mit dem viel beschriebenen Hass der Konvertiten führt sie heute einen Feldzug gegen jegliche Subkulturen innerhalb der rechtsextremen Szene, deren Verhalten sie als artfremd deutet. „Ich will keine Rockmusik, egal welcher Farbe, Suff usw.“ Ihren Kindern, die sie völkisch erzieht, erzählt sie dann, die Familie habe mit Nazis nichts zu tun, weil man schließlich nicht saufe, schlage oder einschlägige Musik höre. In der dörflichen Abgeschlossenheit, in der sie lebt, gilt die ideologische Hardlinerin heute als „patente Frau von nebenan“. Auch ihre Kinder, die immer ordentlich angezogen sind und freundlich grüßen, kommen in der Nachbarschaft gut an.

„Nationaler Feminismus – ein Paradoxon?“

Dass sie Zucht und Ordnung nicht nur im Elternhaus lernten, sondern auch in der mittlerweile verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ), scheint nicht zu interessieren. Mareike B. begann ihre politische Laufbahn als Gymnasiastin in der Kameradschaftsszene und gehörte schließlich zu den Führungsfiguren des „Mädelring Thüringen“ (MRT). Einer Frauenkameradschaft, die aus ihren Mitstreiterinnen „politische Soldaten“ formen wollte und mit dem für nationale Kreise geradezu revolutionären Slogan warb: „Deutsche Frauen wehrt euch – gegen das Patriarchat und politische Unmündigkeit!“ Bis zum Jahr 2005 war der MRT, dessen Aktivistinnen sich als Nationale Sozialistinnen definieren, öffentlich sehr präsent durch die Anmeldung von Demonstrationen, mit Infotischen etc. Heute haben sich die Aktivitäten verlagert. Ohne größere Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, tritt der MRT mittlerweile als Organisator von Mutter-Kind-Treffen auf. Dies verwundert nicht, denn Mareike B. und eine weitere führende Aktivistin sind mittlerweile Mütter. „Die

machen jetzt einen auf deutsche Mutter“, so sieht es ein szenekundiger Beamter.

Mareike B. bekam 2005 nicht nur ihr erstes Kind, sondern sie nahm gleichzeitig ein Fernstudium auf. Die Hoffnung, ein hoher Bildungsabschluss und das Studium würden bei ihr zu einem Gesinnungswandel führen, erwies sich als trügerisch. „Glaube kaum, dass mich ein Studium von meinen politischen Ansichten abbringen könnte. Ich bin zwar schon sehr gespannt auf das, was da kommen möge, aber meine Weltanschauung ist schon zu tief in mir verwurzelt.“ Statt ihr rassistisches Weltbild zu revidieren, hat sie neue Erfahrungen und Erkenntnisse integriert in ihre braune Ideologie. Sie eignete sich vertiefte Kenntnisse über die Frauenbewegung an und verquirlte diese 2006 zu einem Artikel, den sie mit dem Titel: „Nationaler Feminismus – ein Paradoxon?“ überschrieb. In diesem Artikel grenzt sie sich scharf gegen die Emanzipationsbewegung der 70er-Jahre ab, fordert ihre Mitstreiterinnen jedoch dazu auf, für mehr Gleichberechtigung von Frauen auf allen gesellschaftlichen Gebieten einzutreten. Kritik übt sie auch am „Frauenbild, das vor allem im Dritten Reich geprägt worden ist“. Dieses sei nicht mehr im vollen Umfang vertretbar, eine übertriebene Stilisierung der Mutterschaft müsse vermieden werden. Im gleichen Atemzug sagt sie jedoch: „Es ist unsere völkische Pflicht, Kinder zu bekommen.“ Dieser Verpflichtung ist sie in ihrem Leben nachgekommen. Heute betreibt Mareike B. die Internetseite „Free gender“ und kämpft gegen Konzepte des Gender Mainstreaming.

Handlungsbedarf – was tun?

„Rechtsextremes Gedankengut ist heute eingedrungen in beinahe alle Jugendkulturen.“

Rechtsextreme Mädchen und Frauen bewegen sich längst mitten unter uns. Sie zu erkennen ist schwierig, denn sie verkörpern ganz verschiedene Typen von Frau-

en. Sie treten uns beispielsweise als vermeintlich Grüne oder Feministinnen gegenüber. Sie erscheinen im linken Outfit, denn dieser Stil und die entsprechenden Parolen werden gerade von der extremen Rechten kopiert. Rechtsextremes Gedankengut ist heute eingedrungen in beinahe alle Jugendkulturen. Jedoch ist Rechtsextremismus auch bei Frauen kein reines Jugendphänomen. Funktions- und Mandatsträgerinnen rechtsextremer Parteien haben die Jugendphase längst abgeschlossen. Allesamt, ob jung oder schon älter, begegnen sie uns oft als sehr engagierte, interessierte Frauen, die sensibel sind für gesellschaftliche Entwicklungen. Sie beklagen soziale Missstände und Fehlentwicklungen. Doch ihre Lösungskonzepte sind immer getragen und bezogen auf eine Volksgemeinschaft, die sich durch die Abstammung und den Ausschluss, die aggressive Ausgrenzung von vermeintlich Fremden definiert. Diese Frauen als Trägerinnen einer politischen Ideologie zu erkennen, die den sozialen Frieden stört und Prinzipien der demokratischen Grundordnung aushebelt, fällt nicht leicht.

Das Übersehen ihrer Bestrebungen, selbige nicht ernst- und wahrzunehmen, ist eine Gefahr und zugleich die Karte, auf die Rechtsextreme setzen, wenn sie heute Frauen an die vorderste Front schicken.

Geschlechtssensible Prävention und pädagogische Intervention

Ein weniger aggressives, gewalttätiges und damit sozial adäquateres Auftreten führt dazu, dass rechtsextreme Mädchen und junge Frauen selten als „Problemgruppe“ im Themenfeld Rechtsextremismus benannt und als solche identifiziert werden. Diese Nicht-Beachtung hat weitreichende Konsequenzen, nicht zuletzt für die professionelle pädagogische Arbeit mit Jugendlichen: Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen ist auch heute noch vor allem eines, nämlich Jungenarbeit (vgl. (Pingel/Rieker2002); (Elverich/Glaser2009)). Dasselbe gilt auch für Aussteigerprogramme, die vornehmlich auf die Klientel straffällig gewordener jun-

ger Männer zugeschnitten sind. Ein geschlechtssensibler Umgang mit der Problematik und die Entwicklung und Erprobung entsprechender Konzepte ist insofern eine Zukunftsaufgabe, der es sich zu stellen gilt.

Zur Überwindung der vorherrschenden „Geschlechtsblindheit“ werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen (vgl. Kruschwitz 2009). An erster Stelle ist eine Sensibilisierung der pädagogischen Fachkräfte und ganz allgemein der Öffentlichkeit erstrebenswert. Entsprechende Aus- und Fortbildungen sind über den engeren Rahmen der Pädagogik hinaus auch für Polizei, Justiz, Medien etc. anzubieten. Nur wenn es gelingt, auf breiter Front gängige Klischees vom Rechtsextremismus als Männerdomäne zu durchbrechen, haben Mädchen eine Chance, dass ihre politisch extremen Tendenzen frühzeitig erkannt werden. Die Vielschichtigkeit möglicher Rollen, die von Mädchen und Frauen im modernen Rechtsextremismus eingenommen werden können, verweist darauf, dass es keine Patentrezepte in der Prävention geben kann.

„Aus- und Fortbildungen sind über den engeren Rahmen der Pädagogik hinaus auch für Polizei, Justiz, Medien, anzubieten.“

Klassische Elemente der Mädchenarbeit, die auf eine Stärkung von Selbstwertgefühl und Durchsetzungskraft abzielen, können sich als kontraproduktiv erweisen, wenn sie nicht von einer allgemeinen Orientierung an Menschenrechten flankiert werden. In der historisch-politischen Bildung wird ein Hinweis auf die marginalisierte, politisch-entrechtete Rolle von Frauen im Nationalsozialismus nicht ausreichen. Nationale Feministinnen teilen diese Kritik. Wird berücksichtigt, dass Mädchen – genau wie Jungen – beim Erstkontakt zur rechten Szene sehr jung sind, nämlich zwischen 11 und 13 Jahren, bedeutet das für die Prävention, dass sie vor dem Abdriften nach ganz rechts und damit frühzeitig einsetzen muss. Demokra-

tisches Bewusstsein und nicht diskriminierende Haltungen lassen sich bereits im Kindergarten trainieren. Ist ein erster Szenekontakt vorhanden, so heißt das nicht, dass damit schon festgefügte politische Einstellungen verbunden sind. Insofern sind die Chancen für eine Intervention in dieser Phase noch groß. Gerade in dieser Phase ist es jedoch zu beobachten, dass die Schere im Kopf greift und das Hineinwachsen von Mädchen in problematische Strukturen übersehen wird. Auch dann, wenn Mädchen durch optische Signale (Veränderung des Kleidungsstils) und Verhaltensveränderungen (Rückzug aus bestehenden Freundeskreisen etc.) mehr oder weniger deutliche Hinweise auf ihre politische Orientierung geben. Häufig folgt auf die erste Phase ein weiterer Entwicklungs- bzw. Eskalationsschritt: Mädchen fangen an zu provozieren und kehren Versatzstücke rechtsextremer Ideologie offensiv nach außen. Diese rebellische Phase, die Suche nach Konfrontation, wird jedoch oft als „pubertäres Gehabe“ und „Zickengetue“ abgetan.

„Demokratisches Bewusstsein und nicht diskriminierende Haltungen lassen sich bereits im Kindergarten trainieren.“

Wahrscheinlich ist das auch deshalb so, weil Mädchen – anders als Jungen – den Schlagabtausch vornehmlich nicht mit Fäusten, sondern auf verbaler Ebene suchen. Eine Diskursverweigerung signalisiert dem Mädchen: Wir nehmen dich und deine Ansichten nicht ernst. Wenn es aber richtig ist, dass auch Mädchen bei ihrem Anschluss an rechtsextreme Gruppen vor allem Anerkennung und Wertschätzung suchen, dann ist diese Nicht-Beachtung fatal und führt womöglich zu einer stärkeren Anbindung an die rechte Szene. Je weiter jedoch die Einbindung vorangeschritten ist, desto geringer sind die Möglichkeiten einer Intervention. Zudem ist zu beobachten, dass Mädchen und junge Frauen, die bereits ideologisch gefestigter

sind, im Auftreten „dezenter“ werden, was ihr Umfeld zu der Fehldeutung verleitet, die „rechte Phase“ sei nun vorbei. Sind alle präventiven Maßnahmen gescheitert und frühzeitige Eingriffsmöglichkeiten verfallen, ist es schwierig rechtsextreme Mädchen und Frauen überhaupt noch zu erreichen.

In der „Deutschen Stimme“ wurde explizit Reklame für das Berufsfeld des Sozialassistenten gemacht.

Eine zeitig einsetzende Prävention ist nicht zuletzt mit Blick auf eine entscheidende ideologische Komponente des Rechtsextremismus von großer Bedeutung. Rechtsextremisten fabulieren vom „drohenden Volkstod“, der nur verhindert werden kann, wenn möglichst viele „deutsche“ Kinder geboren werden. Die fixe Idee, einer imaginären „Volksgemeinschaft“ arischen Nachwuchs beisteuern zu müssen, führt zu frühen und häufigen Schwangerschaften. Für eine Mutter mit Kindern ist ein Ausstieg sehr problematisch. Deshalb ist es vor allem Aufgabe der Prävention, Frauenbilder, Moral- und Sexualvorstellungen der rechtsextremen Szene zu thematisieren. Wer über Rechtsextremismus redet und diese scheinbar exotischen Themen ausblendet, stellt sich nicht der Realität einer Szenerie, wie wir sie heute vorfinden. Wir haben es schon jetzt mit „nationalen Familienverbänden“ zu tun. Kinder wachsen in einer rechtsextremen Parallelwelt auf und manches kleine Mädchen muss nicht erst später in die rechtsextreme Szene einsteigen. Es wurde bereits hineingeboren und entsprechend sozialisiert. Die kleine Osrun oder die kleine Freya sind schon heute in bundesdeutschen Kindergärten und Schulen anzutreffen. Sie stellen das pädagogische Personal vor neue Herausforderungen. Wie soll man umgehen mit rechtsextrem sozialisierten Kindern, die sich zum Beispiel weigern, Kinder mit Migrationshintergrund als Spielkameradinnen zu akzep-

tieren? Wie mit rechtsextremen Eltern, die einfordern, dass mehr deutsches Liedgut gesungen, Jul- und Sonnenwendfeiern abgehalten werden? Familie und Erziehung, die Weitergabe vermeintlich „alter“ Werte, haben insgesamt einen hohen Stellenwert bei der rechtsextremen Rechten, was nicht zuletzt dazu führt, dass sie selbst in pädagogische Berufe drängen. In einer der letzten Ausgaben der „Deutschen Stimme“, dem Parteiorgan der NPD, wurde explizit Reklame für das Berufsfeld des Sozialassistenten gemacht. Die rechtsextreme Streetworkerin oder die rechtsextreme Lehrerin gibt es längst – mitten unter uns ...

„Nationalismus ist auch Frauensache“ Frauen und Mädchen in der extremen Rechten

Frauen und Mädchen gelten als Randfiguren im rechts- extremen Spektrum, die eine untergeordnete, eher marginale Rolle spielen. Die Realität sieht jedoch etwas anders aus. Empirische Studien belegen: In ihren politischen Ansichten sind Frauen ebenso rassistisch eingestellt wie Männer. Auf der Handlungsebene, zum Beispiel beim Wahlverhalten und dem aktiven Mitwirken in der extremen Rechten, sind Frauen jedoch (noch) unterrepräsentiert.

Einschätzungen über das Mitwirken von Frauen im aktuellen, modernen Rechtsextremismus haben häufig mit sexistischen Klischees und einem eingeschränkten Politikverständnis zu tun, aber auch damit, dass Rechtsextremismus erst dann als Problem ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerät, wenn es zu spektakulären Gewalttaten kommt. Und in der Tat sind es vorwiegend – mindestens 90% – Männer, die sich wegen rechtsextremer Gewalttaten zu verantworten haben. Womit allerdings keine Aussage darüber getroffen ist, inwieweit Frauen und Mädchen als Tatbeteiligte zumindest im Hintergrund mitwirken. Werden sie übersehen?

Erweitert man den Blickwinkel und versteht den aktuellen Rechtsextremismus als eine politische Bewegung, die ähnlich wie

die historische Arbeiterbewegung, gegenkulturelle Konzepte verfolgt und Menschen von der „Wiege bis zur Bahre“ in ein kollektives, völkisches Netzwerk einbindet, geraten auch Vor- und Umfeldorganisationen der extremen Rechten in den Fokus und damit weitere und vielfältige Beteiligungsformen von Mädchen und Frauen. Der moderne Rechtsextremismus entwickelt seine Anziehungskraft gerade aus dieser Vielschichtigkeit. Ideologisches Kernelement der extremen Rechten ist die Volksgemeinschaftsideologie. Für den Erhalt dieser als „arisch-rein“ definierten Volksgemeinschaft kämpfen Männer und Frauen gleichermaßen. Mitunter mit unterschiedlichen Waffen. Für Mädchen und Frauen ist die „biologische Pflichterfüllung“ Teil des Kampfes für „Volk und Vaterland“. Analog zum Verbotsvorwurf gegen die NPD wegen des „aggressiv Kämpferischen“ bekennen sich führende NPD-Frauen zur „aggressiven Fruchtbarkeit“, mit der ein vermeintlicher „Volkstod“ der Deutschen abgewendet werden soll.¹

Wahrnehmungs- und Forschungsdefizite

Frauen gelten als friedfertig, eher unpolitisch, ihnen traut man extreme Positionen weitaus weniger als Männern zu. Sind sie im rechten Spektrum tatsächlich mehr als Mitläuferinnen, Anhängsel und treusorgende Mütter? Diese Frage wird in der Öffentlichkeit, in den Medien, in der Politik und in den Sicherheitsorganen ganz überwiegend mit „Nein“ beantwortet. Das hat Konsequenzen. Letztendlich auch für die Förderpraxis entsprechender Projekte. Unser Wissensstand über das Wirken von Mädchen und Frauen am rechten Rand ist in den letzten Jahren gewachsen, aber immer noch dürftig. Es gibt nicht nur große Leerstellen in der wissenschaftlichen Expertise, sondern es fehlen in der Konsequenz auch praktische Empfehlungen für den Umgang mit Mädchen und Frauen, die sich ganz rechts positionieren. Und nicht zuletzt bleibt die Frage weitestgehend

¹ Homepage des Rings Nationaler Frauen, 21.08.2013

unbeantwortet: Wie soll und kann man umgehen mit Kindern und deren rechtsextrem eingestellten Eltern? Mit diesen und ähnlichen Fragen sind Praktikerinnen und Praktiker der sozialen Arbeit konfrontiert. Und sie bekommen leider (noch) keine befriedigenden Antworten.

Weiblich und rechtsextrem? Zugänge zum Forschungsfeld

Vor rund zwanzig Jahren wurden erste Beiträge zum Themenfeld Rechtsextremismus und Gender veröffentlicht.² Das Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus bemüht sich seit den 90er Jahren um eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit und gibt Schriften und Positionspapiere heraus.³ Die Amadeu-Antonio-Stiftung richtete im Sommer 2011 die Fachstelle „Gender und Rechtsextremismus“ ein.⁴ Fachjournalistinnen, wie vor allem Andrea Röpke, erweitern den Kenntnisstand durch ihre detailreichen Recherchen und Publikationen.⁵ Dennoch fristet die Beschäftigung mit Frauen und Mädchen im Rechtsextremismus bis heute ein Nischendasein. Fragen nach pädagogischen Konzepten im Umgang mit der weiblichen Klientel ganz rechts und der Integration von geschlechtssensiblen Konzepten in der Prävention werden erst dann in den Vordergrund treten können, wenn anerkannt wird, dass Mädchen und Frauen weit mehr als Exotinnen am rechten Rand sind. Zur Sensibilisierung will mein Vortrag

² Dazu gehörten auch die Arbeiten von Ursula Birsl, Herausgeberin des Sammelbandes, *Rechtsextremismus und Gender*, Opladen 2011

³ www.frauen-und-rechtsextremismus.de. Auf der Homepage findet sich eine Übersicht der bisherigen Veröffentlichungen des Netzwerks und seiner Mitarbeiterinnen.

⁴ www.gender-und-rechtsextremismus.de; Im Sommer 2013 veröffentlichte die Fachstelle einen Sammelband: Amadeu Antonio Stiftung/Heike Radvan (Hrsg.), *Gender und Rechtsextremismusprävention*, Berlin 2013

⁵ Andrea Röpke hat eine Reihe von Publikationen zum Themenfeld herausgebracht. Gemeinsam mit Andreas Speit: *Mädelsache!*, Frauen in der Neonazi-Szene, Berlin 2011. Einige ihrer Schriften können kostengünstig über die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (www.arug.de) bezogen werden.

heute und z.B. beim Fachtag „Gender und Rechtsextremismus“ am 24. April 2013 in Hegne beitragen.⁶

Umgarnet und umworben: Mädchen und Frauen als Zielgruppe rechter Propaganda

Sinkende Mitgliederzahlen und ausbleibende Wahlerfolge haben rechte Strategen aufgeschreckt und nun sollen vermehrt Frauen angelockt und für die „nationale Sache“ gewonnen werden. Dass hier ein erhebliches Reservoir brachliegt, bestätigen Umfragen zu politischen Einstellungen seit Jahren. Rechte (Wahl-)Werbung setzt auf junge Frauen, die als moderne, coole Trendsetterinnen präsentiert werden. Slogans wie „Nationalismus ist auch Mädchensache. Traut Euch was – hinein in die JN“, „Volksgemeinschaft heißt Zukunft! Es ist auch euer Kampf!“⁷ oder „Werde aktiv im nationalen Widerstand!“ suggerieren, dass für Mädchen und Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe bei der extremen Rechten möglich und erwünscht ist. Frauen erscheinen als stark und selbstbewusst, als aufmüpfige Rebellinnen und keineswegs als „Puttchen“ und „Heimchen am Herd“. Mit dieser Art von Propaganda wird das in der extremen Rechten dominierende traditionelle Rollenverständnis von Männern und Frauen geschickt verschleiert. Intern und hinter den Kulissen wird der Wert einer Frau jedoch oft an der Zahl ihrer Kinder gemessen. Dies wiederum stellt ein Identifikationsangebot für Frauen dar, die in der Rolle als Hausfrau und Mutter aufgehen möchten und bei der extremen Rechten eine entsprechende Anerkennung und Wertschätzung finden. Beide Rollenmodelle stehen im modernen

⁶ Im Vortrag bin ich auf Mädchen und Frauen der extremen Rechten eingegangen, die ich persönlich kennenlernte. Manche von ihnen sind längst ausgestiegen, andere immer noch in der Szene aktiv. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes verzichte ich auf die explizite Nennung dieser Akteurinnen.

⁷ Die falsche Schreibweise könnte bewusst gewählt sein und einen Bezug zur SS darstellen. Solche Spielarten der subtilen Vermittlung von ideologischen Inhalten sind in der extremen Rechten verbreitet.

Rechtsextremismus heute nebeneinander. Der Hauptgrund dieser „Toleranz“ ist darin zu sehen, dass man sich in einer Kampfzeit wähnt, die Abstriche von der „reinen Lehre“ erforderlich macht.

Unterschätzt: Rechtsextreme Frauen unter uns

Große Überraschung bis hin zu einem schier Entsetzten sind Reaktionen, wenn bekannt wird, dass die nette Nachbarin, die kompetente Kollegin, die Trainerin im Sportverein oder die engagierte Mutter im Kindergarten ganz rechts aktiv ist, womöglich für die NPD kandidiert. Der Überraschungseffekt hängt mit den bereits ange deuteten Wahrnehmungsdefiziten zusammen. „Jung, männlich, sozial randständig, Glatze, Bildungsverlierer, Gewalttäter“, das ist die Assoziationskette, die automatisch abläuft, wenn über Rechtsextreme gesprochen wird. Mädchen und Frauen, die sich in der extremen Rechten engagieren, sind und waren optisch nie auf ein bestimmtes Outfit festgelegt. In ihren Reihen finden sich Personen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen und Vertreterinnen verschiedener Berufsgruppen: Rechtsanwältinnen, Krankenschwestern, Sozialarbeiterinnen... Nicht wenige Frauen sind im sozialen Bereich tätig, was einerseits mit Konzentration von Frauen auf typische Berufsfelder korrespondiert, aber andererseits auch ein strategisches Element beinhaltet, weil dieser Berufszweig viele Sozialkontakte und ausgesprochen gute Kontaktmöglichkeiten bietet. Mit einer offenen und plakativen Agitation sind Frauen in aller Regel jedoch zurückhaltend. Sie wollen nicht erkannt werden, sondern ihre Ideologie still und heimlich unter das Volk bringen.

Klischees und Prototypen: Wer sind die Frauen ganz rechts?

In der extremen Rechten engagieren sich ganz verschiedene Frauen. Sie sind nicht auf einen bestimmten Typus festgelegt, sondern repräsentieren einen Querschnitt durch die Bevölkerung und ihnen steht eine breite Palette an Betätigungsmög-

lichkeiten zur Verfügung. Jenseits des heterogenen und überwiegend „normalen“ Erscheinungsbildes von Rechtsextremistinnen als „Frauen wie du und ich“ lassen sich jedoch drei Prototypen von rechten Frauen herauskristallisieren: Volksmütter, Skingirls, Autonome Nationalistinnen.

Volksmütter: Sie sehen ihren wesentlichen Beitrag für die Volksgemeinschaft im Gebären möglichst vieler Kinder und der Erziehung des Nachwuchses im „nationalen“ Sinne. Ihre politischen Ambitionen erstrecken sich vornehmlich auf die Vermittlung von antiquierten Werten und Normen, die oft direkt aus der NS-Zeit entlehnt sind. Ihre rigide, sehr konservative Erziehung, beinhaltet Zucht und Ordnung und schränkt Freiräume von Kindern ein. Dazu gehört bei ideologischen Hardlinerinnen das Verbot bestimmte Kleidungsstücke zu tragen (Jeans!), Anglizismen zu benutzen etc. „Erziehung wider den Zeitgeist“ nennen Protagonistinnen dieser Richtung ihr Erziehungskonzept.

Skingirls: Rechte Skingirls zählen zum aktionsorientierten und gewaltaffinen Teil des modernen Rechtsextremismus. Spaß- und Freizeitaktivitäten, insbesondere der Besuch von rechten Konzerten und Partys, sind der politischen Ideologie mindestens gleich- oder sogar übergeordnet. Optisch heben sich Skingirls durch Frisur (Feathercut) und Outfit deutlich von der Allgemeinheit ab. Die Subkultur der rechten Skinheads und das ihrer weiblichen Pendanten, die noch in den 90er Jahren eine dominante Rolle im Erscheinungsbild der extremen Rechten spielte, hat heute stark an Bedeutung verloren. Insofern ist es nicht ganz unproblematisch, wenn der preisgekrönte Film „Kriegerin“, erschienen 2011, eine junge Frau in den Mittelpunkt des Geschehens stellt, die dem Klischee des mittlerweile antiquierten Skingirls entspricht.⁸

⁸ Siehe hierzu das Positionspapier des Netzwerks Frauen und Rechtsextremismus: <http://www.frauen-und-rechtsextremismus.de/cms/images/medienarbeit/kriegerin-2012.pdf>

Autonome Nationalistinnen: Seit Mitte 2000 treten in Reihen der extremen Rechten junge Leute auf, die Outfit, Habitus und Parolen des linksorientierten politischen Gegners kopieren. Aktionsorientierung und Militanz gehen einher mit hoher politischer Ambition und einer Orientierung nicht nur am historischen Nationalsozialismus, sondern vor allem auch am Wirken der Roten Armee Fraktion (RAF). Vorbilder des entschlossenen Kampfes gegen das „BRD-Regime“ sind vor allem auch RAF-Frauen. Gerne werden die Worte von Gudrun Ensslin zitiert: „Wir haben gelernt, dass Reden ohne Handeln unrecht ist!“. Aus Kreisen der „Autonomen Nationalisten“ werden neue Identifikationsangebote für Frauen und Mädchen angeboten, nicht zuletzt mit dem Versprechen, einer gleichberechtigten Teilhabe an Aktionen des „Nationalen Widerstands“.

Zahlen, Daten und Fakten zur weiblichen Beteiligung im Rechtsextremismus

Der Kenntnisstand über die Partizipation von Frauen in der extremen Rechten ist in einigen Bereichen sehr gut belegt, in anderen beruht er auf Schätzungen. Als gesichert kann die Erkenntnis gelten, dass Frauen auf der Einstellungsebene ebenso rechtsextrem und rassistisch denken wie Männer. Die Wählerschaft rechter Parteien besteht zum Großteil aus Männern, auch wenn junge Frauen neuerdings in der Tendenz stärker dazu neigen, ihre Stimme ganz rechts abzugeben. Zu Zweidritteln sind es Männer, die für rechtsextreme Parteien votieren. Relativ genau lässt sich der Anteil von Frauen im Bereich „rechte Gewalt“ quantifizieren. Dieser liegt bei maximal 10%.⁹

Die Landesämter für Verfassungsschutz in Berlin, NRW und Baden-Württemberg haben eigene Handreichungen zur Beteili-

gung von Mädchen und Frauen im Rechtsextremismus herausgegeben. Demnach lag in Berlin der Anteil der Frauen an den bekannten Personen des organisierten Rechtsextremismus im Jahre 2008 bei rund 13%.¹⁰ Nordrhein-Westfalen unterstreicht in einer Expertise vom November 2011¹¹, dass der Anteil von Frauen und Mädchen in neonazistischen Gruppen (zum Beispiel „Kameradschaften“) erheblich variiert und sich kaum pauschal benennen lässt. Etwas klarer sei hingegen das Bild bei den Parteien. 15-20% der NPD-Mitglieder an Rhein und Ruhr seien weiblich, etwas weniger sind es demnach bei der „Bürgerbewegung pro NRW“ mit 10 bis 15%. Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg kommt auf Basis einer umfangreichen Auswertung (Stand: 15. November 2010) zu dem Ergebnis, dass der Anteil der Frauen am rechtsextremistischen Personenpotenzial seit Jahren zwar nur geringfügig, aber stetig ansteigt.¹² Aktuell liegt der Anteil bei 18,7%. Bezogen auf einzelne Teilbereiche des Rechtsextremismus ergibt sich jedoch ein unterschiedliches Bild: Der Frauenanteil bei der NPD und ihrer Jugendorganisation beläuft sich auf 15,8%, in Reihen der Neonazis auf 16,3%.

¹⁰ Senatsverwaltung für Inneres und Sport/ Abteilung Verfassungsschutz, „Frauen im Rechtsextremismus“, Berlin 2009

¹¹ Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein- Westfalen/Verfassungsschutz NRW, „Nationalismus ist Mädchensache“- Schlaglichter auf Geschlechterbilder und Geschlechterrollen im Rechtsextremismus, Düsseldorf 2011

¹² Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Infoblatt 6/2011, Frauenanteil in der rechtsextremen Szene in Baden-Württemberg steigt weiter an.

Online-Quelle: http://www.verfassungsschutz-bw.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1069:frauenanteil-in-der-rechtsextremistischen-szene-in-baden-wuerttemberg-steigt-weiter-an&catid=91:sonstige&Itemid=80. Vgl. auch die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage von Gerlinde Gurr-Hirsch (CDU) zu „Frauen und Mädchen in der rechts- radikalen Szene in Baden-Württemberg“, Drs. 15/3669: http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/3000/15_3669_D.pdf

⁹ Aktuelle Zahlen sind der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken zu „Frauen als rechtsextremistische Täterinnen“ zu entnehmen: Drs. 17/10239 vom 04.07.2012: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/102/1710239.pdf>

Im Bereich des gewaltbereiten Rechtsextremismus, wozu Skinheads und „Autonome Nationalisten“ zählen, sind es 23,2%. Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg trifft zudem Aussagen über die Altersstruktur der erfassten Frauen. Bezogen auf das gesamte rechtsextremistische Personenpotenzial findet man den höchsten Frauenanteil mit 30,8% in der Altersgruppe der 16- bis 17-Jährigen. Im Teilsegment des gewaltbereiten Rechtsextremismus weist diese Altersgruppe sogar einen Anteil von 46,2% auf. Der Verfassungsschutz wertet diese Zahlen als einen Beleg dafür, dass junge Frauen relativ früh und schnell den Kontakt zur Szene finden, ihn aber oft alsbald wieder aufgeben. Die hohe Beteiligung von jungen Frauen wird somit als eine vorübergehende Phase interpretiert. Bleibt zu hoffen, dass dies keine Fehlinterpretation und gefährliche Unterschätzung der Lage am rechten Rand ist.

Ein grundsätzlicher und erweiterter Blick auf die Partizipation von Mädchen und Frauen in politischen Parteien lässt zudem deutlich werden, dass auch die demokratischen Parteien große Schwierigkeiten haben, die weibliche Hälfte der Bevölkerung an sich zu binden. In allen Parteien sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Dies gilt übrigens auch für junge Menschen. Daten zum Frauenanteil entstammen den Eigenangaben der Parteien, insofern soll zum Vergleich auch der von der NPD selbst angegebene Frauenanteil von ca. 25 bis 27% genannt sein. In den demokratischen Parteien ergibt sich folgendes Bild (Stand 31.12.2012): CSU: 19,5%, FDP: 23,0%, CDU: 25,6%, SPD 31,5%, Linke: 37,7%, Grüne: 37,8%.¹³

¹³ Niedermayer, Oskar, Parteimitglieder in Deutschland: Version 2013. Arbeitshefte a.d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 20, FU Berlin (Stand: 31.12.2012)

Frauenorganisationen der extremen Rechten

Die überwiegende Mehrzahl von Mädchen und Frauen ist in gemischtgeschlechtlichen Gruppen organisiert. Gleichwohl gibt es seit Ende der 90er Jahre einen regelrechten Boom bei der Gründung von Frauengruppen. Dies kann als eine Modeerscheinung im Sinne des Zeitgeistes gewertet werden, ist aber auch ein Indiz dafür, dass Mädchen und Frauen eine stärkere Teilhabe und eigenständige Mitspracherechte im Rechtsextremismus einfordern. Allerdings existierte mit dem „Mädelring Thüringen“ bisher nur eine Gruppe, die explizit nationalfeministische Töne anschlug und sich gegen das „Patriarchat und politische Unmündigkeit“ wandte. Die meisten dieser Gruppierungen lassen sich den parteiungebundenen „Kameradschaften“ zuordnen und verfolgen ein eher traditionelles differenzorientiertes Frauenbild. In Baden-Württemberg ist auf diesem Feld aktuell keine „Mädelkameradschaft“ bekannt. Allerdings verfügte die Kameradschaft Karlsruhe zeitweise über eine solche Gruppe, der fünf Frauen angehörten.

Überregional aktive Gruppierungen wie die „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ unterhalten jedoch Ableger im Ländle. Vertreten ist zudem die 2006 gegründete Frauenorganisation der NPD, der „Ring nationaler Frauen“ (RNF). Bis 2012 war die 1948 geborene NPD-Funktionärin Edda Schmidt aus Bissingen Bundesvorsitzende des RNF. Heute leitet sie den Landesverband Baden-Württemberg. Im RNF, der sich nicht zuletzt zum Ziel gesetzt hat, die Teilhabe von Frauen in der Politik und der NPD zu fördern, sind bundesweit maximal 150 Frauen organisiert. Landesverbände existieren neben Baden-Württemberg in Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Ein RNF-Landesverband Thüringen soll im Herbst 2013 gegründet werden. Zudem existiert eine Regionalgruppe des RNF in Mecklenburg-Vorpommern. Das Auftreten des RNF ist regional sehr unterschiedlich. In Baden-Württemberg liegt ein Schwerpunkt auf Brauchtumspflege, z.B. der Ausrichtung

von Sonnenwendfeiern, daneben beteiligt sich der RNF an Aufmärschen und sonstigen Veranstaltungen von NPD und Jungen Nationaldemokraten. Inhaltliche Impulse, die über die allgemeinen Forderungen der NPD hinausgehen, hat der RNF bisher mit einer Ausnahme nicht gesetzt. Er tritt ein für ein steuerfreies, sozialabgabepflichtiges Müttergehalt von 1000 Euro, das selbstverständlich nur für deutsche Mütter ausgezahlt werden soll.

Vor- und Umfeldorganisationen

Der Blick auf das Wirken von Frauen im aktuellen Rechtsextremismus wäre nicht vollständig, ohne auf Vor- und Umfeldorganisationen zu schauen. Zu einer der größten Gruppierungen des deutschen Rechtsextremismus gehörte die 2011 verbotene „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene e.V.“ (HNG). Ihr stand jahrzehntelang Ursel Müller aus Mainz vor, im letzten Jahr ihres Bestehens war es Daniela Wegener aus NRW. Nicht nur die Spitze dieser Organisation war weiblich, sondern sie bot Frauen und Mädchen ein reiches Betätigungsfeld in der Betreuung von Strafgefangenen.¹⁴ Ebenfalls verboten ist die „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ). Eine Organisation, die sich der neonazistischen Kindererziehung widmete und in der viele Frauen als „Erzieherinnen“ mitwirkten. Ein Verbot dieser Vereinigungen bedeutet nicht, dass sie nicht unter anderem Label weitermachen.

Ein weiteres Betätigungsfeld bieten die „Nationalen Sanitätsdienste“, die als Ersthelfer bei Parteiveranstaltungen und Aufmärschen präsent sind. Wenig bekannt ist zudem, dass mit der in Stuttgart geborenen Gisa Pahl eine Frau das „Deutsche Rechtsbüro Selbsthilfegruppe zur Wahrung der Grundrechte nationaler Deutscher“ leitet. Sie ist die Verfasserin von „Mäxchen Treuherz“ und anderen Rechtsratgebern

der nationalen Szene. Als Rechtsanwältin der rechten Szene ist in Baden-Württemberg zudem Nicole Schneiders aktiv, die durch die Vertretung von Ralf Wohlleben im NSU-Prozess überregionale Bekanntheit erlangte. Übersehen wird auch, dass rechtsextreme Umwelt- und Tierschutzorganisationen maßgeblich von Frauen mitbestimmt werden. Gerade hier liegt ein Feld, das junge Mädchen und Frauen besonders ansprechen kann.

Der bisher wenig erforschte Bereich von Einstiegsmotiven von Mädchen und Frauen sollte in den Fokus nehmen, dass es durchaus ganz verschiedene Betätigungsfelder rechter Frauen gibt, die zwar eine rassistische Grundhaltung voraussetzen, die aber in ihrer konkreten Ausprägung unterschiedliche Interessenlagen beinhalten können.

Zusammenfassung: Tendenzen, Entwicklungen, Herausforderungen

Frauen und Mädchen werden heftig umworben. Sie sind verstärkt Zielgruppe rechtsextremer Agitation. Die Selbstinszenierung der rechten Szene hat sich modernisiert und spricht mit dem zeitgemäßen Auftreten ganz verschiedene Frauentypen an. Ihnen wird ein breites Betätigungsfeld innerhalb der „Bewegung“ offeriert. Ein Engagement ganz rechts scheint heute möglich zu sein für Frauen, die einem traditionellen Frauenbild anhängen, aber auch für jene, die sich als gleichberechtigt definieren. Im Kern haben sich ideologisch fundierte Rollenbilder jedoch nicht geändert. An diesen Widerspruch kann in der pädagogischen Arbeit angesetzt werden.

Mädchen und Frauen sind in verschiedenen Spektren des Rechtsextremismus aktiv. Frauenorganisationen und weibliche Aktivistinnen können stützend und als Vorbilder für Mädchen und Frauen wirken. Ein Einstieg in die rechte Szene wird dadurch erleichtert. Der Einstieg in die Szene läuft nicht mehr nur über die „Kerle“, sondern Mädchen und Frauen werden direkt – nicht als „Freundin von“ angesprochen. Durch einen wachsenden Frauenanteil stabilisiert

¹⁴ Mitglied der HNG und zeitweise im Vorstand der Organisation war eine Rechtsextremistin aus Erolzheim, die nachweislich im Kontakt zu Uwe Mundlos stand, der als Mitglied des NSU gilt.

sich die Szene, denn Männer finden gleichgesinnte Partnerinnen in den eigenen Reihen. In der Folge kommt es zur Gründung von „nationalen Familien“, die ihren Nachwuchs im völkisch-nationalistischen Sinne erziehen. Bereits heute gibt es Angebote für die ganze Familie (Kinderfeste, nationale Krabbelgruppen, etc.) mit denen Menschen von der „Wiege bis zur Bahre“ an die menschenverachtende Ideologie gebunden werden sollen. Noch ist es Zeit dafür, solche Pläne zu durchkreuzen. An erster Stelle stehen dabei die Aufklärung und eine Prävention, die der wachsenden Bedeutung von Mädchen und Frauen im modernen Rechtsextremismus gerecht wird.

Quelle: Esen E.: Nationalismus ist auch Frauensache – Frauen und Mädchen in der extremen Rechten. Erschienen in: Gender und Rechtsextremismus. Dokumentation des Fachtags am 24.04.13 im Marianum Hegne. Herausgeber: Landeskoordinierungsstelle kompetent vor Ort, Jugendstiftung Baden-Württemberg und dem Bodensee-Hochrheinbündnis für Menschenrechte, gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Kreisjugendpflege Konstanz, S. 11ff.

Quelle: Esen E.: Endlich gleichberechtigt? Erschienen in: Projekt Arbeit 2012/1 kompetent vor Ort. Strategien gegen Rechtsextremismus. Herausgeber: Jugendstiftung Baden-Württemberg, 2. überarbeitete Auflage 2011, S. 8ff.

Empfehlungen zum NSU Untersuchungsausschuss aus Gender Perspektive (Dr. Heike Radvan)



Foto:© Heike Radvan

Dr. Heike Radvan

Dr. Heike Radvan, geboren 1974, studierte von 1997-2001 Sozialarbeit-/pädagogik an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin. Nach ihrem Abschluss ist sie seit 2002 Mitarbeiterin im Bereich „Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der DDR“ und „Gender als Kategorie der Rechtsextremismusprävention“ der Amadeu Antonio Stiftung tätig. Sie koordinierte die Ausstellung „Das hat's bei uns nicht gegeben. Antisemitismus in der DDR“, die 2007 eröffnet wurde.

2009 promovierte Dr. Heike Radvan an der Freien Universität Berlin zum Thema „Beobachtung und Intervention im Horizont pädagogischen Handelns. Eine empirische Studie zum Umgang mit Antisemitismus in Einrichtungen der offenen Jugendarbeit.“ Nach der Promotion erfolgten Lehraufträge an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin und der Freien Universität Berlin, außerdem weitere Ausstellungen und Projekte.

Detaillierte Informationen und einen Überblick über ihre Publikationen befinden sich auf der Homepage der Amadeu Antonio Stiftung und der Helmut Schmidt Universität. Forschung und praktische Erfahrung belegen, dass Phänomene neonazistischer Strukturen nicht ausreichend erfasst werden können, wenn eine geschlechtsspezifische und -reflektierende Betrachtung fehlt.

Dies wurde auch im Zusammenhang mit dem NSU-Fall besonders deutlich: Der Terrorgruppe, ihrem Umfeld und ihren

Unterstützerinnen und Unterstützern war es auch deswegen möglich, so lange unerkannt schwerste Straftaten zu begehen, weil die Rolle von Frauen in der rechtsextremen Szene seitens der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden unterschätzt wurde. Nach den gewonnenen Erkenntnissen wirkten rechtsextreme Frauen maßgeblich im NSU, als dessen Unterstützerinnen und in dessen Umfeld, mit. Nicht zuletzt diente das Stereotyp der „friedfertigen und unpolitischen“ Frau dem Trio als „bürgerliche Fassade“ zur Tarnung der rechtsterroristischen Aktivitäten.

Die geringe Sensibilität der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden führt dazu, dass das Handeln rechtsextremer Frauen aus dem Blick gerät und kaum Beachtung findet. Daraus ergeben sich die folgenden Empfehlungen für die zukünftige Arbeit zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, die im Rahmen des Abschlussberichts des NSU-Untersuchungsausschusses Beachtung finden sollte:

Für die effektive Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt in allen Bereichen (Repression, Prävention, Intervention, Sensibilisierung der verantwortlichen Stellen) muss das Thema Rechtsextremismus und Gender als Handlungsfeld für die Sicherheitsbehörden anerkannt und verankert werden. Eine Voraussetzung dafür ist die Vermittlung der Erkenntnisse geschlechterreflektierender Rechtsextremismusforschung und damit die Bedeutung rechtsextremer Frauen als handelnde Akteurinnen in allen Bereichen des organisierten Rechtsextremismus.

Empfehlungen für die zukünftige Arbeit zur Bekämpfung von Rechtsextremismus

1. Handlungsfeld Qualifizierungsmaßnahmen für Sicherheits- und Ermittlungsbehörden (Aus- und Weiterbildung):
 - die grundständige Ausbildung, ebenso wie Weiterbildung von PolizeibeamtInnen sollte eine geschlechterrefle-

tierende Perspektive auf die Wahrnehmung und Analyse von Rechtsextremismus vermitteln

- die grundständige Ausbildung, ebenso wie Fort- und Weiterbildung von VerfassungsschutzbeamtInnen sollte eine geschlechterreflektierende Perspektive auf die Wahrnehmung und Analyse von Rechtsextremismus vermitteln
- Die Schulung von PolizeibeamtInnen zu Verläufen von gewaltförmigen Situationen sollte sie dazu befähigen, die Tatbeteiligung von Frauen wahrzunehmen und zu dokumentieren

2. Handlungsfeld Monitoring

- Monitoring von Strukturen der extremen Rechten sollte geschlechtsspezifisch erfolgen (z. B. sollten „Mädelkameradschaften“ in Verfassungsschutzberichten aufgeführt werden und Aktionen von Frauengruppen entsprechend wahrgenommen und analysiert werden.)
- Monitoring von Straf- und Gewalttaten sollte geschlechtsspezifisch erfolgen, d.h. alle Daten und Statistiken, beispielsweise zu politisch motivierter Kriminalität, sollen nach Geschlecht aufgeschlüsselt erhoben und präsentiert werden, um zu ermöglichen, dass das Handeln rechter Frauen in allen Bereichen wahrgenommen wird. Es ist beispielsweise zu beachten, dass Frauen durch ihre Beteiligung im Vorlauf eine Verantwortung für gewalttätig verlaufende Situationen haben (z.B. durch die Behauptung/Vortäuschung einer Belästigung durch einen „fremden Mann“, die dann zum tätlichen Übergriff durch männliche Personen führt).

Quelle: Radvan H., Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung: Empfehlungen für die Abschlussberichte der parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschüsse. Berlin.

Rechtsextreme Eltern – Herausforderungen für pädagogisches Handeln (Dr. Heike Radvan)

Seit mehreren Jahren lässt sich beobachten, dass es eine zunehmende Anzahl junger Familien gibt, in denen sich ein oder mehrere Elternteile in die rechtsextreme Szene hinein orientieren. Das ist ein aktuelles Problem, das Zivilgesellschaft allgemein aber auch pädagogische Fachkräfte in verschiedenen Berufsfeldern vor Herausforderungen stellt.

Rechtsextreme Eltern – ein neues Phänomen?

Wir haben es hier mit einer relativ neuen Entwicklung zu tun. In den 1990er Jahren wurde Rechtsextremismus häufig als Problem männlicher Jugendlicher interpretiert. Damit einher ging oft und durchaus auch in wissenschaftlichen Diskursen die These, dass sich dieses Problem erledigen würde, wenn junge Männer sich in eine Partnerschaft mit einer Frau begeben.

Wir haben damals bereits gesagt, dass dies eine stark verkürzende Annahme ist: Zunächst muss man sagen, dass Rechtsextremismus kein ausschließliches Problem im Jugendalter ist. Wenn wir die Ergebnisse der quantitativen Einstellungsforschung ernst nehmen, so zeigt sich, dass menschenfeindliche Aussagen, wie z.B. Rassismen, Antisemitismen oder auch Sexismen und homophobe Statements, in zunehmendem Alter signifikant höhere Zustimmungswerte erreichen. Zudem sind diese Einstellungen bis weit in der Mitte der Gesellschaft verbreitet, es handelt sich beim Rechtsextremismus nicht um ein Problem von konstruierten Rändern.



Heike Radvan (Referentin), Foto: © Miruna Bucurescu

Vielmehr geht es uns alle an, diese Einstellungen kritisch - und das heißt auch bei uns selbst - wahrzunehmen und zu hinterfragen. Zudem ist Rechtsextremismus kein „männliches Phänomen“, es hat in der Geschichte, z.B. im historischen Nationalsozialismus aber auch in den Jahrzehnten nach 1945 immer Frauen gegeben, die sich für die Ideologie und Interessen der extremen Rechten eingesetzt haben und hier die verschiedensten verantwortungsvollen Positionen eingenommen haben.

Seit ca. Mitte der 1980er Jahre, stärker im Verlauf der vergangenen Dekade lässt sich eine deutliche Zunahme von Frauen in rechtsextremen Gruppen verzeichnen. Diese Entwicklung geht einher mit einer Ausdifferenzierung von Positionen und Rollenbildern, die Frauen in diesen Gruppierungen einnehmen und leben können. Neben traditionellen Orientierungen an Mutterrolle und Familie finden sich „modernisierte“ Lebensentwürfe, in denen sich rechtsextreme Frauen neben der häuslichen Sphäre selbstverständlich in den öffentlichen Bereich der Politik einbringen und dort eigene Ziele vertreten.

Dementsprechend besetzen Mädchen und Frauen innerhalb rechtsextremer Szenen heute die verschiedensten Positionen: Man findet sie als „Mitläuferin“ ebenso wie als Kader. Sie engagieren sich genauso selbstverständlich für rechtsextreme Parteien in der Kommunalpolitik wie sie als Betreiberinnen subkultureller Szenetreffpunkte auffallen. In ihrer Betätigung als sogenannte Anti-Antifa-Aktivistin setzen sie auf ihre weitgehende Unauffälligkeit als weibliche Vertreterinnen einer zunächst mit martialischen Männern in Verbindung

gebrachten Szene; als Musikerin oder Autorin erfahren sie Zuspruch von weiten Teilen der Szene.

Im Zuge dieser Entwicklung haben sich u.a. Familien in rechtsextremen Gruppierungen gebildet. Entsprechend der Idee, die „deutsche Volksgemeinschaft“ zu sichern, orientieren sich viele dieser Paare stark an Elternschaft und leben mit mehreren Kindern. Die sogenannte „Volkstod“-Kampagne ist ein zentrales Mobilisierungsthema der extremen Rechten, u.a. in den sozialen Netzwerken sprechen rechte Gruppierungen hierüber Personen an, die bislang nicht Teil der Szene sind und versuchen, mit rassistischen Meinungen Zustimmung zu erhalten und Sympathisant/innen zu gewinnen.

Kinder aus diesen Familien besuchen Einrichtungen der frühkindlichen Pädagogik, Kitas, Vor- und Grundschulen, Horte. Fragen des pädagogischen Umgangs mit den Kindern, aber auch hinsichtlich der Elternarbeit sind, zudem relevant im Bereich der Familienhilfe, in Jugend- und Sozialämtern etc. Um eine Annäherung an diesbezügliche Fragen soll es im Folgenden gehen.

Erziehung in rechtsextrem orientierten Elternhäusern

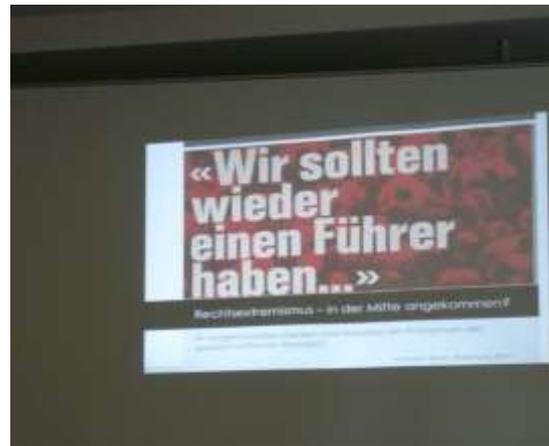
Der modernisierte Rechtsextremismus ist nicht mehr so ohne Weiteres erkennbar, rechte Frauen und Männer kleiden sich nicht unbedingt szenetypisch und sind vom äußeren Erscheinungsbild gerade nicht mehr mit ihrer Weltanschauung zu erkennen. Insbesondere bei Frauen lässt sich dies häufig auch als strategisches Vorgehen beschreiben: Im Sinne eines Camouflage wird versucht, nicht als rechte Frau erkennbar zu sein und in der Nachbarschaft, möglicherweise im Elternbeirat der Kita eine vertrauensvolle Beziehung zu den Erzieher/innen und anderen Eltern aufzubauen. Aber auch viele rechte Männer entsprechen heute nicht mehr dem Klischee des martialischen, gewaltbereiten politischen Soldaten. Hier lassen sich ebenso ein strategischer Umgang und der

Versuch erkennen, Anschluss an die Mitte der Gesellschaft, an Nachbar/innen etc. zu finden. Demzufolge ist es nicht zwangsläufig so, dass Kinder Kleidung tragen, deren Aufdrucke eine politische Botschaft vermitteln, die von Eltern vertreten/geteilt werden. Das kann dennoch durchaus vorkommen, rechtsextreme Versandhandel bieten Kleidung auch für Kinder an. Nicht selten sind Pädagog/innen herausgefordert und es stellt sich die Frage des Umgangs damit, wenn z.B. ein Kind mit einem T-Shirt mit einer rassistischen Aufschrift die Kita besucht.

Es lässt sich nicht von einem einheitlichen Erziehungsstil im aktuellen Rechtsextremismus sprechen. Vieles, was wir hierüber wissen, basiert auf Beobachtungen von Pädagog/innen, Berichten von Aussteiger/innen und investigativem Journalismus. So hat die Journalistin Andrea Röpke die mittlerweile verbotene Organisation Heimattreue Deutsche Jugend hinsichtlich des dortigen Umgangs mit Kindern beobachtet. Hier wurden Kinder an Wochenenden, im Sommer in Zeltlagern ideologisch geschult, sportlich und in Richtung militärischer Orientierungen gedrillt. Oft sind es völkische Familien, die ihre Kinder in diese Lager senden, häufig zeigen sich traditionelle Geschlechterrollen in den Erziehungsstilen: Mädchen tragen Kleider und Zöpfe und werden zu Haus- und Handarbeiten angeleitet. Jungen werden stärker körperlich gedrillt, sowohl Jungen als auch Mädchen müssen frühzeitig Mutproben bestehen, die Grenzerfahrungen einschließen können. Dennoch sind solcherart auf Härte, Durchhaltevermögen und Folgsamkeit ausgerichtete Erziehungsmethoden nicht in der gesamten Szene verbreitet, auch rechtsextreme Kinder können anerkennend mit ihren Kindern umgehen. Es ist davon auszugehen, dass es nicht „den dominanten Erziehungsstil“ gibt, sondern Verschiedenheiten.

Eltern, die Teil der rechten Szene sind und von deren ideologischen Ideen überzeugt, verfolgen das Ziel, ihren Nachwuchs ideologisch zu prägen. Man kann davon ausgehen, dass diese Kinder mit einem ras-

sistischen Weltbild aufwachsen, sie lernen, dass Menschen aufgrund von Herkunft und/oder Lebensweise unterschiedlich viel wert seien. Im Kindergarten – so berichten Erzieher/innen – fallen Kinder dadurch auf, dass sie Hakenkreuze oder Runen zeichnen und dies auf Nachfrage argumentativ rechtfertigen. Sie lernen, diese Ideologie zu vermitteln. Manche Kinder verweigern, mit bestimmten Kindern zu spielen, weil diese eine andere Hautfarbe oder eine Beeinträchtigung haben. Solcherart Positionen denken sich Kinder nicht selber aus, sie lernen – in diesem Falle sehr wahrscheinlich im Elternhaus und dessen Umfeld – zu diskriminieren.



Provokanter Referatstitel, Foto © Carmen Zakrzewski

Manche Kinder – so berichten Pädagog/innen - vermitteln diese Ideologie durch Zeichnungen und Sprüche sehr direkt, verhalten sich ausgrenzend gegenüber anderen Kindern und/oder werden auffällig durch eine Orientierung an Gewalt, die sich in Sprache und anderen Handlungen zeigt. Hier ist eine angemessene pädagogische Intervention notwendig. Diese beschriebenen Verhaltensweisen sind jedoch nicht zwangsläufig, es kann durchaus sein, dass Kinder, die in rechtsextrem orientierten Elternhäusern aufwachsen, dadurch „auffallen“, dass sie besonders zurückhaltend sind, wenig erzählen, besonders „gut spüren“. Generell geht es darum, dass Pädagog/innen auf-

merksam beobachten, das einzelne Kind mit seinen Bedürfnissen im Blick haben.

In online-Foren diskutieren Neonazi-Eltern über Erziehung. Einigkeit herrscht weitgehend darüber, dass Kinder frühzeitig Gehorsam und Pflichtbewusstsein lernen sollen, ebenso, dass Jungen und Mädchen verschiedene Rollen haben. In diesen Foren werden Erziehungsratgeber empfohlen. Das sind zumeist Bücher aus der Zeit des Nationalsozialismus, die z.T. aber auch nach 1945 leicht überarbeitet in der Bundesrepublik aufgelegt wurden, z.B. das Buch von Johanna Haarer „Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind“. Hier wird eine strenge, autoritäre Erziehung empfohlen und dazu geraten, Kinder nicht zu "verzärteln". Insbesondere Jungen sollen "hart wie Kruppstahl" werden.

Zudem gibt es bestimmtes Spielzeug – antisemitische Brettspiele, rassistische Kinderbücher und Filme, Militärisches. Kinderseiten in rechtsextremen Zeitungen vermitteln geschichtsrelativierende Thesen, z.B., dass die eigentlichen Landesgrenzen im heutigen Polen liegen. Eltern werden in Internetforen aufgerufen, Kinder ohne englische Begriffe zu erziehen. Das Internet heißt Weltnetz, T-Shirts werden T-Hemden genannt und statt Pizza wird hier Gemüsetorte gegessen. Fastfood ist verpönt, eine Orientierung an einheimischen, ökologischen und „altdeutschen“ Produkten/Gemüsesorten ist weit verbreitet und ideologisch gut anschlussfähig. Oft werden moderne Produkte, wie Handys und MP3-Player abgelehnt.

Was können Pädagog/innen tun?

Nicht selten stehen Pädagog/innen im Umgang mit diesem Phänomen vor Herausforderungen. Es geht aus pädagogischer Sicht zu allererst darum, den Kindern die Möglichkeit zu eröffnen, außerhalb der Familie ein vielfältiges, demokratisches Miteinander zu erfahren. Oft geraten Kinder in eine Art Loyalitätskonflikt zwischen den Ansprüchen der Herkunftsfamilie und den Diskrepanzen im Außen.

Viele werden in Freund-Feind-Bilder einsozialisiert, was letztlich den Erfahrungsraum Heranwachsender einschränkt. Die Aufgabe von Pädagog/innen ist es, das Aufwachsen der Kinder zu begleiten und die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern. Eine pädagogische Haltung schließt ein, dass eine altersangemessene Auseinandersetzung mit oder Infragestellung von Positionen stattfindet, die als ideologisch wahrgenommen werden. Das beinhaltet auch, Kinder zu schützen, die von ausgrenzenden, diskriminierenden Äußerungen, Handlungen betroffen sind.

„Hierbei ist es unterstützend, wenn eine Kita ein demokratisches Leitbild formuliert und ausgehandelt hat“

Hierbei ist es unterstützend, wenn eine Kita ein demokratisches Leitbild formuliert und ausgehandelt hat. Kolleg/innen haben miteinander entwickelt, was ein demokratisches Miteinander im Konkreten heißt. Auch mit Kindern lässt sich aushandeln, wie miteinander umgegangen werden soll, wann Grenzüberschreitungen etc. beginnen, welche Konsequenzen dies haben soll. Eine pädagogische Einrichtung, die von sich aus Vielfalt positiv begegnet, geht damit bereits einen ersten Schritt in Richtung Rechtsextremismus-Prävention. Das kann z.B. heißen, dass Kolleg/innen gezielt Eltern ansprechen, die einer anderen Einkommensgruppe oder Bildungsschicht als die Mehrheit angehören, eine Migrationsgeschichte mitbringen oder Kinder aufnehmen, die besonderen Unterstützungsbedarf aufgrund einer körperlichen oder geistigen Besonderheit mitbringen. Es gilt, eine selbstverständliche Kultur der Verschiedenheit im Alltag erfahrbar zu machen; damit ist der Vorstellung einer homogenen Volksgemeinschaft erfahrbar etwas entgegengesetzt.

Dies sind erste Schritte der Primärprävention. Die Auseinandersetzung mit den ein-

zelenen Fällen muss anhand konkreter Fragen des Umgangs stattfinden, was z.B. Thema in einer begleitenden Teamsupervision sein sollte oder Beratung durch Fachstellen der Rechtsextremismusprävention leisten.

„Von Aussteiger/innen wissen wir, dass oft ein Mensch für sie entscheidend war, der sie als Person akzeptierte, aber in ideologische Widersprüche verwickelt hat.“

Grundsätzlich ist es sinnvoll, den Kontakt zu diesen Kindern nicht zu verlieren. Von Aussteiger/innen wissen wir, dass oft ein Mensch für sie entscheidend war, der sie als Person akzeptierte, aber in ideologische Widersprüche verwickelt hat. Ausgrenzung ist keine Lösung. Ein Problem ist, dass die Kinderbetreuung zunehmend stärker in der rechten Szene selbst organisiert wird. Es gibt rechtsextreme Hebammen und Tagesmütter. Manche Kinder kommen erst mit der Einschulung in Kontakt mit demokratischen Strukturen. Hier liegt die Aufgabe von Pädagog/innen: Diese Kinder wahrzunehmen und zu beobachten, welche Unterstützung sie brauchen.

Eine Frage des Kindeswohls?

In diesem Zusammenhang wird oft die Frage der Kindeswohlgefährdung diskutiert. Grundsätzlich scheint mir wichtig zu beachten, dass das Elternrecht ein hohes Gut in unserem Grundgesetz ist. Es kann, gerade auch aus demokratischer und historischer Perspektive, nicht darum gehen, Kinder ohne weiteres aus ihren Elternhäusern zu nehmen. Nicht zuletzt ist dies auch eine pädagogische Frage, die sich angesichts der Loyalität von Kindern gegenüber ihren Eltern stellt. Unter anderem aus der Arbeit mit Kindern, die in Familien aufwachsen, die sich in christlich fundamentalistischen Gruppierungen bewegen, weiß man um die kontraproduktive Wirkung, die eine Herausnahme von Kindern

haben kann. Kinder versuchen, die ihnen zugewiesenen Pflegefamilien zu verlassen, ihnen zu „entfliehen“ und zu ihren Eltern zurückgehen, auch wenn es sich dort um nachweisbare Zwangs- und Gewaltsituationen handelt.

Aufgabe demokratischer pädagogischer Institutionen sollte es sein, Kinder zu stärken und ihnen in diesem Fall einen alternativen Erfahrungsraum zu ihrem Elternhaus zu eröffnen. Kita und Schule sind diejenigen Institutionen, die es ermöglichen können, den Kindern einen demokratischen Alltag erlebbar zu machen. Insofern wäre es Aufgabe der Pädagog/innen, hier anzusetzen und letztlich ein Fenster offen zu halten, damit diese Kinder eines Tages selbständig entscheiden können, ob sie einen anderen Weg gehen wollen oder erwachsener Teil der Szene werden/bleiben.

Dennoch gibt es einzelne Aspekte, die es hinsichtlich des Kindeswohls zu bedenken gilt. So machen Kinder, die in rechtsextremen Elternhäusern aufwachsen, in Kita und Schule Erfahrungen, die im Widerspruch zur Ideologie der Eltern stehen. Das kann ein enormer Druck sein, der mit Loyalitätskonflikten einhergeht, welche letztlich die Entwicklung der Kinder beschränken können. Zudem lässt sich sagen, dass die freie Persönlichkeitsentwicklung sehr stark eingeschränkt sein kann, wenn Kinder in solcherart Zusammenhängen leben. Es wäre durchaus sinnvoll und auch notwendig, diese Aspekte von juristischer und pädagogischer Seite fallbezogen zu reflektieren und zu bewerten. Das ist bislang noch nicht geschehen. Dennoch kann es m.E. im Umgang hiermit nicht um eine Herausnahme von Kindern gehen, vielmehr um die Frage, ob eine Auflage für einen Kitabesuch oder eine Einzelfallhilfe sinnvoll sein kann, um Kinder zu unterstützen und andere Erfahrungsräume zu eröffnen.

Ausstieg - eine Frage der Zeit?

Oft wird in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, ob es sich nicht um eine Frage der Zeit handele und sich das Problem „erledigen“ würde, wenn die Kinder erwachsen werden und selbst entscheiden könnten. Nicht selten wird der Vergleich zu Kindern der Kriegsgeneration gezogen, die – obwohl sie von Eltern erzogen wurden, die im NS dessen rassistische Ideologie vertreten und mit getragen hätten – nicht zwangsläufig zu Nazis geworden seien. Oder es wird der Vergleich zu Hippies gezogen, deren Kinder größtenteils auch keine Hippies geworden sind.

Bei Vergleichen – und somit auch bei diesen – sollte immer überprüft werden, welche Situationen miteinander ins Verhältnis gesetzt werden. Die meisten Hippie-Kinder wurden sehr wahrscheinlich weniger stark ideologisch erzogen und waren auch kaum von einem Liebesentzug durch die Eltern bedroht. In vielen rechtsextremen Foren diskutieren Eltern darüber, wie sie reagieren, wenn die Kinder die Ideologie irgendwann doch ablehnen. Da schreibt beispielsweise ein Vater, dass er seine Tochter verstoßen würde, wenn diese einen ausländischen Freund hätte. So ein Verhalten schafft Abhängigkeiten und schränkt ein.

Bislang wissen wir nur wenig zum Thema „rechtsextreme Erziehungsstile“. Es gibt einen Forschungsbedarf, auf Basis qualitativer Forschung wäre es sinnvoll, Empfehlungen für Fachkräfte pädagogischer Einrichtungen zu formulieren. Darüber hinaus gibt es einen Bedarf hinsichtlich einer Auseinandersetzung mit Fragen, die die Elternarbeit betreffen: Wie gehe ich mit einer Elternvertreterin um, die sich rechtsextrem engagiert, was heißt das für die Arbeit im Team und mit den demokratisch orientierten Eltern? Zu verweisen ist u.a. auf die Erfahrungen des Projektes „Eltern stärken“ von Lichtblicke e.V. in Berlin Lichtenberg.

Quelle: Radvan H.: Vortragsskript: „Rechtsextreme Eltern - Herausforderungen für pädagogisches Handeln“

Neonazis erobern Facebook und Co. - wie können die Jugendlichen geschützt werden?

Henrike Herrmann (no-nazi.net)

Henrike Herrmann arbeitet bei no-nazi.net, ein Projekt der Amadeu Antonio Stiftung. Das Projekt wurde bereits mit dem Klicksafe-Preis für Internetsicherheit 2013 ausgezeichnet und ist für den CIVIS-Medienpreis 2013 nominiert. Die Aktivitäten des Projekts haben zu enormen Medienanfragen geführt (Tageschau/Tagethemen, NDR, VIVA, FAZ u.a.). In unterschiedlichen Netzwerken erreicht no-nazi.net fast 25.000 Nutzerinnen und Nutzer. Ziel ist es Für Demokratie – gegen Rechts als Gemeinschaft mit Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren in den Sozialen Netzwerken aktiv zu werden. Zur Unterstützung dieses Ziels wurde die Broschüre „Liken – Teilen – Hetzen“ herausgegeben, die unter dem Link <http://no-nazi.net/gute-ideen-gegennazis/neue-auflage-der-broschure-likens/> zum Download bereitsteht. Zudem weist die Sozialpädagogin langjährige Erfahrung im Bereich der historisch politischen Bildungsarbeit auf und arbeitet für das Anne Frank Zentrum Berlin und die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

Soziale Medien sind heute für viele Menschen der Ort, um sich auszutauschen, sich zu informieren und Position zu beziehen. Auch Neonazis nutzen diese direkte Ansprachemöglichkeit gezielt. Sie wissen, dass hier die Hemmschwelle beim Kontakt niedriger ist und dass sie mit humoristisch formulierter Hetze, kernigen Diskussionsbeiträgen oder rechtsextremer Musik große Verbreitungserfolge erzielen können. Rechtsextreme lassen rassistische, antisemitische und demokratiefeindliche Positionen in politische oder gänzlich unpolitische Diskussionen einfließen, um sie als „legitime Meinungsäußerungen“ erscheinen zu lassen. Ihre Hauptzielgruppe sind dabei Menschen, die in ihrem Demokratieverständnis noch nicht gefestigt sind. Die Wortergreifung erfolgt auf verschiedenen

Ebenen. Weil viele dieser Annäherungsversuche geschickt formuliert und nur im Kontext als rechtsextrem kenntlich sind, kann man ihnen häufig strafrechtlich nicht begegnen.

„Der erste Schritt zur Gegenwehr.“

Im Workshop wurde erarbeitet, wie man Neonazis in den Sozialen Netzwerken erkennt, was sie dort machen und welche Argumentationsstrategien von Rechtsextremen in den Sozialen Netzwerken zu finden sind. Es wurde ein Überblick zu Auftrittformen, Zielen und Strategien gegeben, denn der erste Schritt zur Gegenwehr ist das Identifizieren und Erkennen menschenverachtender Inhalte. An aktuellen Beispielen wurden auch neuste Entwicklungen in der rechtsextremen Szene mit einbezogen. Auch dort entstehen neue Kampagnen, WebTV-Sender und Gruppierungen, deren Auftritte immer professioneller und ansprechender aufbereitet werden. Weiter beschäftigte sich der Workshop mit rechtsextremen Kampagnen im Netz, über die Aufmerksamkeit und Zustimmung erzeugt werden sollen.

Quelle: Herrmann H., persönlicher Vortrag.

Meinungsfreiheit im Netz - zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung und der Unantastbarkeit der Menschenwürde

„Ihr seid doch die wahren Nazis!“ heißt es in Forendiskussionen oft, wenn rechtsextreme Äußerungen von User*innen gemeldet oder von Moderator*innen und Admins gelöscht werden. So nutzen Rechtsextreme das Reizthema „Meinungsfreiheit“, um sich unter dem Vorwurf der „Zensur“ Raum für ihre menschenverachtenden Parolen zu erkämpfen. „Ihr seid doch die wahren Nazis!“ heißt es in Forendiskussionen oft, wenn rechtsextreme Äußerungen von User*innen gemeldet oder von Modera-

tor*innen und Admins gelöscht werden. So nutzen Rechtsextreme das Reizthema "Meinungsfreiheit", um sich unter dem Vorwurf der "Zensur" Raum für ihre menschenverachtenden Parolen zu erkämpfen.

Doch die Freiheit von Meinungsäußerung hört da auf, wo andere durch sie in ihrer Freiheit oder Menschenwürde eingeschränkt werden. Öffentliche Hassreden und Aufrufe zur Gewalt sind nicht nur durch Gesetze, sondern auch in den Nutzungsbedingungen aller Sozialen Netzwerke verboten.

„Doch die Freiheit von Meinungsäußerung hört da auf, wo andere durch sie in ihrer Freiheit oder Menschenwürde eingeschränkt werden.“

Paragraph 86a des deutschen Strafgesetzbuches (StGB) verbietet das "Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen". Das beinhaltet unter anderem einschlägige Fahnen, Symbole, Parolen und Grußformen wie zum Beispiel das Hakenkreuz oder den Hitlergruß. Paragraph 130 ist der sogenannte "Volksverhetzungparagraph".

Dieser stellt die Verbreitung jeglicher Form von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter Strafe. Außerdem verbietet er die Leugnung, Verharmlosung oder Rechtfertigung des nationalsozialistischen Regimes oder der dahinter stehenden Ideologie. Dies gilt nicht nur für die Öffentlichkeit in der Offline-Welt, sondern auch im Internet.

Die beiden Paragraphen dienen also dazu, den öffentlichen Frieden nicht zu gefährden und unsere Demokratie zu schützen. Denn die Meinungsfreiheit des einen hört genau da auf, wo die Sicherheit und Menschenwürde anderer gefährdet ist!

Wer sich gegen Nazis zur Wehr setzt und Kommentare, Fotos und Seiten meldet, ist

damit also alles andere als "selbst ein Nazi".

Aber: Auch hier gilt das Gebot der Gleichwertigkeit aller Menschen!

Demokratisches Engagement muss sich gegen rechtsextreme Ideologien richten, nicht gegen Menschen – denn auch sie haben das Recht auf die Wahrung ihrer Menschenwürde.

Unter dem Label "Umstrittener Humor" werden Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Behindertenfeindlichkeit verbreitet

In Sozialen Netzwerken breiten sich immer mehr Seiten aus, die regelmäßig Beiträge mit menschenfeindlichem Inhalt posten. Frei nach dem Motto "Humor kennt keine Grenzen" werden hier alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gefeiert. Selbst wenn hinter dem Posten der Fotos oder Beiträge als Grundgedanke kein Rassismus steckt, bietet dies Rechtsextremen die Möglichkeit, als Humor getarnten Antisemitismus, Rassismus, Behindertenfeindlichkeit oder (Hetero-)Sexismus zu verbreiten und salonfähig zu machen. Denn jede*r, der oder die sich dagegen auflehnt und darauf hinweist, dass es sich hierbei um offenen Rassismus handelt, wird als "Moralapostel" und Spielverderber*in beschimpft.

Party-Patriotismus, Nationalstolz und Nationalismus

Auch in Internetforen, bei Facebook und Twitter wird das Thema "Nationalstolz" in verschiedenen Ausprägungen diskutiert. Wo aber sind die Grenzen zwischen Patriotismus und Nationalismus? Wo wird der Fankult zu Fanatismus?

Die Übergänge zwischen Patriotismus und Rassismus sind fließend. Der Fußball ist ein beliebtes Rekrutierungsfeld von Neonazis. Fußball funktioniert nun einmal über Identifikation: Identifikation mit der Mannschaft der Heimatstadt oder eben des Heimatlands. Nur so kann die Begeiste-

rung entstehen, die sich im Stadion – oder zu Hause vor dem Fernseher – einstellt, wenn die “eigene” Mannschaft spielt.

Solange diese Begeisterung nicht mit der Abwertung von anderen Nationalitäten einhergeht, ist alles in Ordnung. Ein Großteil der Fußball-Fans hält sich auch an diese “Regeln” – das zeigt zum Beispiel die große Anzahl von Initiativen, die sich für Toleranz und gegen Rassismus im Fußball einsetzen.

Also: Augen auf und eingreifen, wenn hitzige Diskussionen umzukippen drohen! Denn überall, wo “Deutschland” draufsteht, schalten sich auch gerne mal Rechtsextreme ein.

Wer profitiert noch vom “neuen” Nationalgefühl?

Die Diskussion über die “deutsche” Identität spiegelt sich auch im Netz wider. Auf Facebook beispielsweise gibt es zahlreiche Seiten, auf denen man durch ein “Gefällt mir” zeigen kann, dass man “Patriot” oder “Stolzer Deutscher” ist. Da sich viele solcher Seiten mit dem Satz “Ich bin kein Nazi, nur Patriot” versuchen zu verteidigen, ist es manchmal schwierig, diese Seiten einzuschätzen. Auch unter den User*innen auf den “patriotischen” Seiten herrscht oft Uneinigkeit. Einige wollen bloß “endlich stolz sein dürfen” auf ihr Land, andere proben schon den Aufstand. Betreiber*innen können sich meist kaum gegen Übernahmestrategien der Rechtsextremen wehren. So kann es passieren, dass eine Seite, die tatsächlich “nur patriotisch” geplant war, plötzlich von nationalistischer Propaganda überquillt.

„Was steckt hinter diesem „Deutsch“-Sein?“

Dreh- und Angelpunkt ist also die Frage: Was steckt hinter diesem “Deutsch“-Sein? Was verbindet man damit? Wer das nicht konsequent durchdenkt und sich mit allen Elementen der deutschen Identität be-

schäftigt, hat etwas Wichtiges übersehen. So ist zum Beispiel ohne eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auch kein aufgeklärter Patriotismus möglich.

Oberflächlicher Patriotismus kann ganz schnell von Neonazis instrumentalisiert werden. Rechtsextreme beschwerten sich häufig, dass sie nicht stolz sein dürfen auf Deutschland. Dabei sind meist sie selbst diejenigen, die dafür sorgen, dass die Identifikation mit Deutschland für viele Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund immer noch so schwierig ist.

“Deutschenfeindlichkeit” - wenn Rechtsextreme Ausgrenzungserfahrungen für ihre Propaganda ausnutzen

Rechtsextreme nutzen individuelle Ausgrenzungserfahrungen als Strategie, um Betroffenheit zu erwecken. Dabei gilt gerade bei der sogenannten “Deutschenfeindlichkeit”: Genau hinsehen, wer spricht, um Betroffenheit zu wecken. Jeder Mensch kann je nach Umfeld von Diskriminierung oder Ausgrenzung betroffen sein und das auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Warum das so ist, haben viele Studien versucht herauszufinden. Ihr Ergebnis: Menschen und dabei vor allem Jugendliche diskriminieren andere, um ihre eigene Identität zu stärken – weil sie sich selbst unsicher, frustriert oder allein fühlen. Opfer dieser Ausgrenzung sind oft Menschen mit Migrationshintergrund, weil sie von anderen als “fremd” wahrgenommen werden: wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Sprache oder ihrer Religion.

Dazu kommen Erfahrungen mit struktureller und institutioneller Diskriminierung. Das sind Formen von Benachteiligung, die sich aus dem Aufbau der (Mehrheits-)Gesellschaft und deren Institutionen wie beispielsweise Schule ergeben können.

Gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund können also auf ganz unterschiedlichen Ebenen von Ausgrenzung betroffen sein.

Doch auch Schülerinnen und Schüler ohne äußerlich erkennbaren Migrationshintergrund können Ausgrenzungserfahrungen auf Grund ihres vermeintlichen “Deutsch-Seins” machen. In den Medien wird häufig von “Deutschenfeindlichkeit” gesprochen, wenn Schüler*innen als “Kartoffel” oder “Scheiß Deutsche*r” beschimpft werden. Das kann mit schweren psychischen Folgen für die Betroffenen verbunden sein, denn ja: Auch das ist Diskriminierung. Der Unterschied zur Diskriminierung aus der Mehrheitsgesellschaft, die Deutsche mit Migrationshintergrund oder auch Menschen ohne deutschen Pass erfahren können, ist jedoch der, dass es sich “nur” um eine Ebene der Diskriminierung handelt.

Damit kann und soll diese Form von Diskriminierung keineswegs gerechtfertigt oder verharmlost werden. Es ist jedoch wichtig, die Verhältnisse im Auge zu behalten. So werden Deutsche ohne so genannten Migrationshintergrund nicht so häufig von struktureller oder institutioneller Diskriminierung betroffen sein.

Jede Form von Diskriminierung ist ein Problem, auf das reagiert werden muss. Bei so genannter “Deutschenfeindlichkeit” darf man jedoch nicht vergessen, dass dieses Thema gern von Rechtsextremen aufgegriffen wird. Über das Ausnutzen kollektiver Ausgrenzungserfahrungen versuchen sie, Überfremdungsängste aufzubauen und Hass gegen Migrant*innen zu schüren - so als ob wir alle Angst vor “Deutschenfeindlichkeit” haben müssten. Doch damit verstärken sie nur die Vorurteile auf beiden Seiten. Sie entfernen sich immer weiter von einem gegenseitigen Verständnis und bauen eifrig an ihrem Feindbild des “Ausländers”.

“Halalfreie Zone” : Über Islamfeindlichkeit im Netz

Sie warnen vor einer “Islamisierung” Deutschlands oder gar Europas und verleumden den Islam als “Hassreligion”. Sie verwischen den Unterschied zwischen “Islam” und “Islamismus”, um bewusst

Assoziationen wie “Fanatismus”, “Terrorismus” und “Jihad” hervorzurufen. Islamfeind*innen breiten sich in Sozialen Netzwerken aus und verbreiten rechtsextreme Propaganda.

Beliebte Argumente gegen den Islam sind Ehrenmorde, Zwangs- und Kinderheiraten und die Unterdrückung der Frau.

Die Argumente der Islamhasser*innen sind verallgemeinernd, oberflächlich und beleidigend – aber leider auch massentauglich. Anhand aktueller Aufhänger (wie beispielsweise dem Mord an dem Jugendlichen Jonny K. auf dem Berliner Alexanderplatz im Oktober 2012, der angeblich von Muslimen verübt wurde), hangeln sie sich von rechtspopulistischen Statements zu offen rechtsextremen Aussagen. Sie geben vor, sich für Frauenrechte einzusetzen und mischen sich in Debatten über Kopftuch- und Burka-Verbote ein, um ihre islamfeindlichen Parolen zu platzieren.

Sie fordern ihre Mitmenschen permanent auf, “endlich aufzuwachen” und “Widerstand zu leisten” gegenüber der “Unterwanderung der deutschen Kultur”. Beliebte Argumente gegen den Islam sind dabei Ehrenmorde, Zwangs- und Kinderheiraten und die Unterdrückung der Frau – Erscheinungen, die keineswegs typisch “muslimisch” sind, sondern in vielen Teilen der Welt massive Probleme darstellen. Die Reduzierung auf den Islam ist also eine bewusste Vereinfachung der Thematik, um die Gemüter zu erhitzen.

“Keine Gnade für Kinderschänder” - wie Nazis den Kindesmissbrauch für ihre Propaganda missbrauchen.

Rechtsextreme versuchen, auch im Internet mit dem Thema “Kindesmissbrauch” Aufmerksamkeit zu erringen und ihre Demokratie- und Menschenfeindliche Ideologie unterschwellig an nicht-rechtsextreme Bürger*innen zu bringen. Mit Fotos, Musik und virtuellen Veranstaltungen machen sie

in Sozialen Netzwerken Stimmung gegen „Kinderschänder“. Mit Kinderschutz hat das jedoch wenig zu tun. Sexueller Missbrauch an Kindern ist ein emotional stark aufgeladenes Thema, das in Sozialen Netzwerken immer wieder zu hitzigen Diskussionen führt. Wer sich aufregt, ist rationalen Argumenten oft nicht mehr zugänglich und dementsprechend empfänglicher für radikale Aussagen und Lösungen. Dort setzen beispielsweise Slogans wie „Todesstrafe für Kinderschänder“ an. Unter dem Deckmantel des Kinderschutzes versuchen Neonazis, Rechtsstaatlichkeit und Grundprinzipien unserer Demokratie zu unterwandern. Die Todesstrafe verstößt gegen das Grundgesetz und gegen unser Verständnis von Demokratie und moralischen Werten. Doch in hitzigen Diskussionen, im Netz an den richtigen Stellen platziert, kann sie wie eine logische Konsequenz und Notwendigkeit dargestellt werden. Darum ist es umso wichtiger, zweimal hinzuschauen, wenn Rechtsextreme das Thema „Kindesmissbrauch“ für ihre Zwecke missbrauchen.

Die NPD und der Kinderschutz

„Das hat nichts mit Kinderschutz zu tun.“

Kindesmissbrauch ist ein Dauerthema der NPD und immer wieder beliebt im Wahlkampf. Denn mit diesem emotional aufgeladenen Thema kann man einen Großteil der Bevölkerung ansprechen. Die Angst, dass Kinder zu Betroffenen werden könnten, beschäftigt viele Menschen. In ihrem „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ fordert die rechtsextreme Partei ausdrücklich die Todesstrafe für Kindermörder und rückfällige Sexualstrafäter. Auf die Aussage „Das hat nichts mit irgend einer politischen Richtung zu tun“ kann man nur erwidern: Das hat nichts mit Kinderschutz zu tun! Seiten dieser Art sind ausschließlich Verbreitungsportale rechtsextremer Ideologie oder Klickbringer für NPD-Seiten. Folgende Merkmale ver-

meintlicher Kinderschutz-Seiten können auf rechtsextremen Hintergrund deuten:

Rechtsextreme sprechen häufig von „Opfern“, was mit Hilflosigkeit assoziiert wird und den Eindruck erweckt, die „Opfer“ könnten sich nicht selbst wehren. Seriöse Initiativen nutzen vermehrt das Wort „Betroffene“, um die emotionalen Konnotationen möglichst gering zu halten.

Rechtsextreme Seiten legen ihren Fokus auf die Bestrafung der Täter*innen, nicht auf die Betroffenen. Oft werden „Auge um Auge, Zahn um Zahn“-Metaphern benutzt und Selbstjustiz befürwortet.

Auch das Wort „Kinderschänder“ wird häufig von Rechtsextremen genutzt, um den Schwerpunkt des umfangreichen Themas „Missbrauch“ auf die Verfolgung der Täter*innen zu lenken. Dass hier schon im Vokabular das Kind „geschändet“ wird, fällt erst beim zweiten Hinsehen auf. Also Vorsicht, wenn von „Kinderschändern“ die Rede ist!

Grün als Tarnfarbe: Wie Nazis den Naturschutz auch im Web 2.0 unterwandern

Die NPD und andere rechtsextreme Gruppen sind gegen Gentechnik in der Landwirtschaft, für einen besseren Tierschutz und gegen Atomkraft. Eigentlich alles sinnvolle Forderungen, die auch viele andere Umweltschützer*innen fordern. Mit Tier- und Umweltschutz in die Mitte der Gesellschaft: So könnte man die „U-Boot“-Strategie der Rechtsextremen bezeichnen. Denn Nazis hoffen, mit solchen Themen möglichst viele Menschen zu erreichen, ohne, dass ihre rassistische Ideologie gleich auffällt. Gerade Jugendliche sollen so gezielt angesprochen werden, denn sie interessieren sich oft besonders für Umweltschutzthemen.

Kein Wunder, dass man häufig auf rechtsextremen Seiten oder auf Nazi-Profilen in Sozialen Netzwerken vermeintlich harmlose Bilder und Banner findet, die zu mehr

Umweltschutz aufrufen. Gerade auf nicht-rechten Profilen und Seiten diskutieren Nazis fleißig mit, wenn es um das Thema Naturschutz geht. Dort mischen sie ihr rassistisches Gedankengut ganz subtil und versteckt in ihre Postings, sodass man ihnen nur schwer auf die Schliche kommt. Beliebt dafür sind regionale Themen: Geht es zum Beispiel um die geplante Baumfällung in einem Dorf oder ein Atomkraftwerk in der Umgebung, präsentieren sich Rechtsextreme lautstark als engagierte Naturschützer*innen, denen nicht egal ist, was vor ihrer Haustür passiert. Meist ist dies nur ein Vehikel zur Verbreitung ihres rassistischen Gedankenguts. Doch tatsächlich müssen sich Rechtsextreme nicht unbedingt verstellen, wenn es um Umweltschutz geht: Einen Aufruf zur Rettung des deutschen Waldes würde ein aufrechter Nazi vermutlich ohne Zögern unterschreiben. Auch der Protest gegen Atomkraft kann durchaus glaubhaft sein: Würde es hierzulande einen schweren Atomunfall geben, hätte das schlimme Folgen für das deutsche Volk – so vermengen Nazis wichtige Anliegen und Forderungen mit ihrer menschenfeindlichen Gesinnung.

Der Unterschied zu demokratischen Naturschützer*innen besteht also in der Wertung. Für Rechtsextreme ist nur der deutsche Wald, die deutsche Umwelt bzw. nur die Natur schützenswert, die "Deutschen" nützt.

Nazis: Nur Männer mit Springerstiefeln? Eben nicht!

Rechtsextreme Denkmuster finden sich in den unterschiedlichsten Teilen der Bevölkerung. Bei Jungen, Alten, Armen, Reichen – und geschlechterübergreifend bei Männern und Frauen. Rechtsextreme Frauen werden oft erst spät als rechtsextrem erkannt, da sie bei der Erfüllung ihrer "traditionellen" Pflichten als Mütter und Hausfrauen der rechtsextremen Szene weniger auffallen. Dies wird gezielt von Neonazis ausgenutzt. So übernehmen rechtsextreme Frauen häufig soziale Aufgaben als Kindergärtnerinnen oder Lehre-

rinnen. Dies ermöglicht es ihnen, unerschwerlich rechtsextreme Propaganda zu verbreiten. Gleichzeitig entspricht es dem vollkommen überholten Frauenbild der Nationalsozialisten.

In Sozialen Netzwerken posieren Nazi-Frauen oft mit ihren Kindern auf dem Profilbild und diskutieren etwa auf Seiten zur Kindererziehung und zum Haushalt mit. Häufig dauert es sehr lange, bis ihre rechtsextreme Gesinnung erkannt wird! Diese Taktik stellt einen wichtigen Teil der rechtsextremen Strategie im Web 2.0 dar.

Andererseits gibt es in der Szene auch Frauen, die sich gegen das typisch nationalsozialistische Frauenbild auflehnen. Sie radikalieren sich dabei oft noch stärker als ihre männlichen Kameraden. Diese Frauen sind dann beispielsweise besonders gewalttätig, um sich von der männlich dominierten Szene abzuheben und als gleichwertige Mitglieder zu beweisen.

Gegenstrategien für alle

- In jedem Sozialen Netzwerk können rechtsextreme Seiten, Nutzer*innen und Kommentare gemeldet werden. Melden hilft! So können die Betreiber*innen der Sozialen Netzwerke schneller auf rechtsextreme Inhalte aufmerksam gemacht werden.
- Lasst rechtsextreme Statements nicht unwidersprochen stehen. Fragt nach: "Weißt du, dass das gerade rassistisch war?", "Wieso glaubst du immer noch an das Märchen der Überfremdung?" oder setzt auch mal ein Statement: "Das ist übrigens eine ganz typische Nazi-Strategie". Dabei ist es wichtig, nicht selbst ausfallend oder beleidigend zu werden. Dann bleibt man glaubwürdiger. Die Auseinandersetzung könnte zum Beispiel beginnen wie "Wie meinst Du das? Für mich klingt das rassistisch ...".

- Klärt eure Freundinnen und Freunde auf, wenn ihr Nazi-Seiten oder Postings von Nazis entdeckt!
- Fragt nach Beispielen oder Quellen von Statistiken und zeigt auf, wenn es sich um Nazi-Seiten handelt, die zum Beispiel angeblich mal wieder vor gefährlichen "Ausländern" warnen.
- Lasst euch nicht vom "Themenhopping" der Rechtsextremen ablenken! Häufig bringen diese viele verschiedene Argumente in eine Diskussion ein, um euch zu verwirren. Kehrt zum ursprünglichen Thema zurück!
- Ganz wichtig bei allen Diskussionen: Schützt Opfer von Pöbeleien und Diskriminierung! Das gilt offline genau wie in den Sozialen Netzwerken. Dabei hilft es, genau wie in der Offline-Welt auch, sich Verbündete zu suchen. Wenn Nazis nerven, ist es gut, wenn sich mehrere im Forum gegen Nazis aussprechen. Bittet ruhig andere Leute um Unterstützung und helft euch gegenseitig in der Diskussion.
- Und was auch immer super ist: Startet eure eigene Kampagne gegen Neonazis. Eine Facebook-Seite ist schnell gemacht! Aber passt auf mit euren Privatsphäre-Einstellungen und denen eurer Seite, sonst spammen euch die Nazis leider schnell zu. Mehr zu Datenschutz & Privatsphäre auch auf Seite 31.
- Und zuletzt noch der Tipp von uns: Werdet Mitglied in den Gruppen von no-nazi.net und macht mit: Für Soziale Netzwerke ohne Nazis!

Quelle: Lanzke, A., Groß A. et al.:
Liken. Teilen. Hetzen. Berlin Herausgeber:
Amadeu Antonio Stiftung

**Gruppenbezogene
Menschenfeindlichkeit in
Deutschland und Europa**
(Dr. Beate Küpper)



Dr. Beate Küpper

Foto: © Beate Küpper

Dr. Beate Küpper, Jahrgang 1968, ist Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen- und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein am Standort Mönchengladbach. Nach dem Studium der Psychologie an der Philipps-Universität Marburg hat sie an der Ruhr-Universität Bochum über pluralisierte Lebensformen promoviert. Seit 2004 arbeitete sie am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld in wechselnden Positionen. Nach einem post-doc Stipendium im von der DFG geförderten Graduiertenkolleg „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ leitete sie zunächst die Studie ‚Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa‘, später dann das gleichnamige deutsche Langzeitprojekt, in das sie seit 2003 eingebunden ist. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der intergruppalen Konflikte und richten sich dabei insbesondere auf die Verknüpfung von sozialem Status und Vorurteilen, Integration, Diversity, die Rolle von Religiosität, Sozialer Dominanz, Orientierung und Genderaspekten. Besonders am Herzen liegt ihr der Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis und die Unterstützung und Beratung von Praxisprojekten im Bereich der anti-rassistischen und demokratiebildenden Arbeit.

eher oder voll und ganz zu. Diese Zahl ist hoch, wenngleich die hier ausgedrückte Fremdenfeindlichkeit in den vergangenen 10 Jahren etwas abgenommen hat. Wie die Forschung zeigt, nimmt der Eindruck von „zu vielen Ausländern“ in einer Region nicht etwa mit der tatsächlichen Anzahl von Einwanderern zu, im Gegenteil. Dort, wo die Einwandererquote hoch ist – dies ist vor allem in den westdeutschen Ballungsräumen und Berlin der Fall – ist die Ablehnung von Einwanderern seitens der alteingesessenen Bevölkerung deutlich geringer. Dort, wo kaum Einwanderer leben – auf dem Land und insbesondere in kleinen Gemeinden in den ostdeutschen Bundesländern – ist die Abneigung gegenüber „Fremden“ deutlich größer.

„Vorurteile sind sozial geteilt.“

Ablehnende und abwertende Einstellungen gegenüber Einwanderern, aber auch gegenüber vielen anderen Adressatengruppen lassen sich als *legitimierende Mythen* identifizieren, die soziale Hierarchien zwischen Alteingesessenen und Einwanderern, oder allgemein ausgedrückt, zwischen Statushöheren und Statusniedrigeren, erklären und rechtfertigen. Sie dienen letztlich dazu, bestehende eigene Privilegien abzusichern, die Angehörige statushöherer Gruppen dank der bestehenden Hierarchien genießen. Wir sprechen von den Adressatengruppen von Vorurteilen und Diskriminierung daher auch als „schwache“ Gruppen. Sie sind „schwach“, gemessen an ihrer Möglichkeit zur gleichberechtigten sozialen, ökonomischen und politischen Teilhabe in unserer Gesellschaft; in vielen Fällen spiegelt sich dies auch in einer vergleichsweise schlechteren finanziellen Lage wider.

1. Abwertende Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen als legitimierende Mythen

„Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ – fast die Hälfte aller Deutschen stimmten im Jahr 2011 dieser Aussage

2. Dynamik, Facetten und Motive von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit¹⁵

Abwertende Einstellungen gegenüber Gruppen bzw. Personen aufgrund ihrer zugewiesenen *Gruppenzugehörigkeit* werden in der Sozialpsychologie als Vorurteile bezeichnet (Allport, 1954). Dabei ist es unerheblich, ob eine Person einer sozialen, ethnischen, kulturellen oder religiösen Gruppe tatsächlich angehört oder nicht, auf die Wahrnehmung kommt es an. Die Bezeichnung „Ausländer“ für alle Menschen, die anhand physischer Marker als „fremd“ eingestuft werden, ist dafür ein Beispiel. Anhand welcher Merkmale Personen in „wir“ und „die“ kategorisiert und ggf. abgewertet werden, variiert jeweils mit kulturellem, zeitlichem und situativem Kontext. Schlummernde Vorurteile gegenüber spezifischen Gruppen können reaktiviert werden und in offene Diskriminierung münden. Derzeit lässt sich in Deutschland und vielen anderen westeuropäischen Ländern eine neu entdeckte Islamfeindlichkeit beobachten, die sich zugleich uralter Stereotype des säbelschwingenden und frauenbedrohenden Sarazenen bedient.

„Frauen sollen ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen“

Fremdenfeindlichkeit und die meisten anderen Vorurteile sind selbstverständlich nicht auf Deutschland und auch nicht auf eine jeweilige Mehrheit in einem Land begrenzt. Wer selbst Opfer von Vorurteilen ist, ist leider nicht davor gefeit, selbst andere Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit abzuwerten. Vorurteile sind sozial geteilt. Als legitimierende Mythen werden sie von allen Mitgliedern einer Gesellschaft gelernt und

mehr oder weniger internalisiert oder „geglaubt“. So vertreten auch beispielsweise viele Frauen sexistische Ansichten oder glauben, im Vergleich zu Männern über eine besondere „emotionale Intelligenz“ zu verfügen. In der Konsequenz führt dieser soziale geteilte „Glaube“ dann allerdings dazu, dass z.B. Führungspositionen, die rationale Entscheidungen verlangen, lieber nicht mit Frauen besetzt werden.

Vorurteile können *offen* und unverkleidet geäußert werden, wenn z.B. Einwanderern unterstellt wird, nicht arbeiten und die Sozialsysteme ausnutzen zu wollen. Sie können aber auch *subtil* und versteckt kommuniziert werden, etwa in höflicheren Varianten von negativen Stereotypen wie der Unterstellung, Einwanderer „seien nicht so leistungsstark“. Sie äußern sich auch in der übertriebenen Vermutung vermeintlich sehr großer und unüberwindbarer kultureller Unterschiede, wie z.B. der Annahme Muslime verträten ganz andere Werte. 76 Prozent der Deutschen meinten 2008, „die muslimischen Ansichten über Frauen widersprechen unseren Werten.“ Im selben Atemzug forderten aber auch 53 Prozent derselben Befragten, „Frauen sollten ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen“ und unterstützen damit eine traditionelle Rollenverteilung zu Lasten von Frauen (Ergebnisse aus dem Projekt: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa; Zick, Küpper & Hövermann, 2011).¹⁶

Neben ihrer Rolle als legitimierende Mythen vermitteln Vorurteile aber auch Identität und ein ‚Wir-Gefühl‘, das sich umso besser anfühlt, wenn ‚die Anderen‘ abgewertet werden. Zudem bieten Vorurteile vermeintliches Wissen, gerade dort, wo Faktenwissen fehlt, etwa, weil jemand kaum Kontakt zu Einwanderern, Juden oder Muslimen hat. Das *stereotypenbasierte Wissen* steuert dann unsere Wahrnehmung in realen Situationen oder unse-

¹⁵ Teile dieses Kapitels wurden entnommen aus: Küpper, B. (2010). Vorteil Vorurteil. In: R. Grätz & H.G. Knopp (Hrsg.), *Konfliktkulturen* (S. 171-175). Steidl Verlag.

¹⁶ Zick, A., Küpper, B. & Hövermann, A. (2011). Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

re Auswahl von Medienberichten. Als „kognitive Geizkragen“ nehmen Menschen vor allem das wahr, was zu ihrem bereits vorhandenen Wissen passt, Unpassendes wird so lange wie möglich ausgeblendet (zur Funktion von Vorurteilen s. ausführlich: Zick, Küpper & Heitmeyer, 2011 im Handbuch Vorurteile der Ustinov Stiftung). Dieses vorurteilslastige Wissen bietet uns zudem *Kontrolle*, weil wir damit Verhalten abschätzen und prognostizieren können. Gehen wir damit auf ‚die Anderen‘ zu, indem wir ihnen beispielsweise eine „mangelnde Integrationsbereitschaft“ unterstellen, zwingen wir sie zum Handeln. Eine Folge von Vorurteilen ist damit nicht nur die Diskriminierung, die psychische und physische Belastungen für die Betroffenen bedeutet, sondern auch die Selbst-Anpassung an diese Vorurteile. Wer ständig vorgeworfen bekommt, sich nicht anpassen zu wollen, und wer, egal wie sehr er oder sie sich anstrengt, doch immer noch wegen seines oder ihres Aussehens oder Namens dem Verdacht der Integrationsunwilligkeit ausgesetzt ist und auf Schwierigkeiten stößt, der gibt irgendwann auf und wendet sich tatsächlich ab.

Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Gruppen werden im dem gleichnamigen Projekt, aus dem hier berichtet wird, mit dem Sammelbegriff *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* bezeichnet. Ausgegangen wird von der Beobachtung, dass Vorurteile gegenüber einer Gruppe, wie z.B. Einwanderern, häufig nicht allein auftreten. Schon Gordon Allport, der Vater der modernen Vorurteilsforschung, konstatierte: „One of the facts of which we are most certain is that people who reject one out-group will tend to reject other out-groups. If a person is anti-Jewish, he is likely to be anti-Catholic, anti-Negro, anti any out-group“ (Allport 1954, S. 68). Ein gemeinsamer Kern von abwertenden Einstellungen gegenüber Schwarzen, Juden, Muslimen, Frauen, homosexuellen und behinderten Menschen und vielen anderen markierten Gruppen bilden eine generalisierte Ideologie der Ungleichwertigkeit. Wer ganz allgemein soziale Hierarchien zwischen oben und unten gutheißt, der

tendiert auch eher zur Abwertung spezifischer Gruppen. Dieses Zusammenspiel von Vorurteilen bezeichnet Heitmeyer (2002) als *Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* und lässt sich empirisch bestätigen (Zick et al., 2008).

3. Das Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“

Über den Zeitraum von 10 Jahren (2002-2011) wurden das Ausmaß und die Ursachen von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* in Deutschland im gleichnamigen Projekt am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld untersucht.¹⁷ Jährlich wurde eine repräsentative Stichprobe der deutschen Bevölkerung von 2.000 Personen ab 16 Jahren telefonisch zu ihren Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen und vielen anderen gesellschaftspolitischen Themen befragt (Befragung durch TNS Infratest). In einem interdisziplinären Graduiertenkolleg untersuchten Doktorandinnen und Doktoranden zudem ausgewählte Fragestellungen vertieft mit unterschiedlichen quantitativen und qualitativen Methoden. Im Schwesterprojekt „Sozialraumanalyse“ wurde die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in ausgewählten Gemeinden und Stadtvierteln untersucht und die Ergebnisse mit konkreten, regionalen Interventionen gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verbunden. Im Jahr 2008 konnten wir im Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa“ die bislang umfangreichste Erhebung von Vorurteilen in acht europäischen Ländern realisieren (Zick, Küpper & Hövermann, 2011).

Erklärtes Ziel des Projekts war neben der wissenschaftlichen Analyse von abwertenden Einstellungen, ihrer Verbreitung und ihren Ursachen auch der Transfer

¹⁷ Das Projekt wurde von einem Stiftungskonsortium unter Federführung der VolkswagenStiftung mit Beteiligung der Freudenberg Stiftung und der Kurt und Marga Möllgard Stiftung gefördert. Die Ergebnisse wurden jährlich in der Reihe „Deutsche Zustände“, herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer im Suhrkamp Verlag, veröffentlicht.

zwischen Wissenschaft und Praxis, der in jährlichen Tagungen in der Freudenberg Stiftung gemeinsam mit PraktikerInnen aus dem Bereich der antirassistischen Arbeit/Demokratiebildung, JournalistInnen, PolitikerInnen, VertreterInnen von Verbänden, Stiftungen und Kirchen realisiert wurde. Die Sensibilisierung der breiteren Öffentlichkeit wurde mit einer jährlichen Pressekonferenz in Berlin angestrebt. In über 300 Vorträgen wurden das Konzept sowie die Ergebnisse in der Öffentlichkeit und der Praxis vorgestellt. Der Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ und damit die Erkenntnis, dass Intervention und Prävention unterschiedliche Vorurteile gegenüber verschiedenen Adressatengruppen gemeinsam und nicht getrennt fokussieren, wird inzwischen in vielen Programmen, Projekten und von Akteuren in Politik und Praxis aufgegriffen.

Zu Beginn der Untersuchung umfasste das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die folgenden Elemente: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus basierend auf ethnischen Markern, Sexismus, Homophobie, die Abwertung von Obdachlosen und behinderten Menschen sowie die Befürwortung von Etabliertenvorrechten ganz allgemein für Alteingesessene gegenüber Neuankömmlingen. Im Laufe der Studie wurden unter Aufgreifen von jeweils aktuell diskutierten Themen weitere Adressatengruppen in das Syndrom aufgenommen. Im Erhebungsjahr 2011 waren dies zusätzlich die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, von Sinti und Roma sowie von Asylbewerbern. Empirisch lässt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen diesen unterschiedlichen Vorurteilen nachweisen, wie schon von Allport vermutet: Wer z.B. fremdenfeindlichen Aussagen zustimmt, wertet mit größerer Wahrscheinlichkeit auch Muslime, Juden, Asylbewerber und Sinti und Roma ab, und neigt sogar eher auch zu Sexismus und Homophobie, zur Abwertung von langzeitarbeitslosen, obdachlosen und behinderten Menschen.

Alle Elemente (oder Vorurteile) wurden mit Hilfe bewährter und gut geprüfter Kurzskaalen erfasst. Jede Aussage enthält in ihrem Kern den Aspekt der „Ungleichwertigkeit“ oder führt in ihrer Konsequenz zu Ungleichwertigkeit zwischen sozialen Gruppen.

4. Wie menschenfeindlich ist Deutschland? Ergebnisse der 10-Jahres Studie

Rund die Hälfte der befragten Deutschen äußerte sich im Jahr 2011 fremdenfeindlich, dies wurde Eingangs bereits erwähnt, indem sie pauschal die Anzahl der Ausländer in Deutschland als „zu viele“ bewerteten. Wer hier zustimmt, stimmt oft ebenfalls der Aussage zu: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ 2011 waren 29% der befragten Deutschen dieser Ansicht. Insgesamt ist das Ausmaß von Fremdenfeindlichkeit seit 2002 nur geringfügig gesunken. Nach einem leichten Absinken in den letzten Jahren hat auch das Ausmaß von Rassismus im Jahr 2011 nahezu wieder das Niveau von 2002 erreicht: 2011 meinten fast 13% der Deutschen, „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“ und 22% sprachen sich dafür aus, Aussiedler besser zu stellen als Ausländer, „da sie deutscher Abstammung sind“. Unverändert geblieben ist auch das Ausmaß der Abwertung von langzeitarbeitslosen, obdachlosen und behinderten Menschen. So vertreten 2011 beispielsweise knapp 53% der befragten Deutschen die Auffassung „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden“. 35% sprechen sich dafür aus, „bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden“. 11% finden nach eigener Auskunft „viele Forderungen von Behinderten [...] überzogen“.

Nach einem deutlichen Anstieg ist auch das Ausmaß von abwertenden Einstellungen gegenüber Muslimen und dem Islam im vergangenen Jahr wieder leicht gesunken, wenngleich die Zustimmungsraten nach wie vor dramatisch erscheinen. 2011 vertraten fast 23% der befragten Deutschen die Auffassung „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“. Anders als islamfeindliche Einstellungen, die derzeit vielfach offen und ungeschminkt geäußert werden, unterliegen traditionell antisemitische Einstellungen, wie sie sich etwa im alten Konspirationsmythos „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ ausdrücken, einer offiziellen Ächtung. Im Vergleich zu 2002 ist hier die Zustimmung zurückgegangen (13% Zustimmung 2011, knapp 22% Zustim-

Rund die Hälfte der befragten Deutschen äußerte sich 2011 fremdenfeindlich

mung 2002). Deutlich verbreiteter ist jedoch ein Antisemitismus, der Juden von Opfern zu Tätern werden lässt, indem Juden z.B. eine Vorteilsnahme durch den Holocaust vorgeworfen wird (39,5% Zustimmung in 2010). Hoffähig ist zudem ein Antisemitismus, der über den Umweg einer Kritik an Israel kommuniziert wird. Antisemitische Israelkritik zeichnet sich dadurch aus, dass die Politik Israels gegenüber den Palästinensern als eine „typisch jüdische“ Politik bewertet wird, z.B. eine kritische Haltung zur israelischen Politik mit antisemitischen Stereotypen angereichert wird, Vergleiche mit dem Nationalsozialismus gezogen werden, oder die Abneigung gegenüber Juden ganz allgemein mit der Politik Israels begründet wird. So stimmten im Jahr 2010 38% der befragten Deutschen zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“

Aber es gibt auch eindeutig positive Entwicklungen. So ist die Zustimmung zu offenen sexistischen und homophoben Einstellungen seit 2002 kontinuierlich gesunken. Waren etwa 2002 noch 29% der befragten Deutschen der Ansicht „Frauen sollten

sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen“, waren es 2011 nur von 18,5%. Lehnten 2002 noch 40,5% der Befragten „Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern“ ab, sprachen sich im Jahr 2011 nur noch 21% gegen die gleichgeschlechtliche Ehe aus, d.h. verweigerten homosexuellen Menschen die gleichen Rechte wie sie heterosexuellen offen stehen.

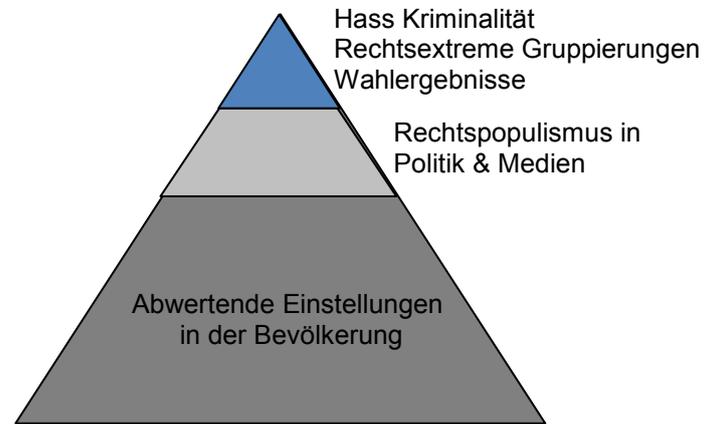
Jüngere Menschen neigen im Durchschnitt zu weniger Vorurteilen als Ältere; besonders deutlich wird dies etwa bei der Fremdenfeindlichkeit, dem Sexismus und der Homophobie.

Für viele Jüngere gehört kulturelle Vielfalt zum Alltag, ist die Gleichberechtigung der Geschlechter eine Selbstverständlichkeit und sanktionierende Haltungen gegenüber der eigenen Sexualität passé, (wenngleich „schwul“ ein auf jedem Schulhof weit verbreitetes Schimpfwort ist). Geht es aber um sozial schwache Gruppen, die von der Gesellschaft als wenig „nützlich“ betrachtet werden – langzeitarbeitslose, obdachlose, behinderte Menschen und auch Muslime – vertreten Jüngere kaum weniger abwertende Einstellungen als Ältere. Hier scheint sich eine ökonomistische Werthaltung, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit beurteilt, Bahn zu brechen, die sich im vergangenen Jahrzehnt unter dem allgegenwärtigen Primat der Ökonomie entwickelt hat und unter deren Vorgaben die Jüngeren sozialisiert wurden. Ähnliches lässt sich für den an sich positiven Einfluss von Bildung beobachten: Besser Gebildete haben in der Regel weniger Vorurteile. Das gilt aber vor allem für offene, traditionelle Vorurteile. Bei subtilen Formen der Abwertung schwindet der Bildungseffekt.

Auch wenn im vergangenen Jahrzehnt das Ausmaß *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* mit Blick auf viele Adressatengruppen in der Tendenz zurückgegangen ist oder sich zumindest nicht verschärft hat – die Verbreitung von Abwertungen vieler sozialer, kultureller, oder religiöser Gruppen ist nach wie vor erschreckend. Negative Einstellungen füh-

ren zwar nicht zwangsläufig zu handfester Diskriminierung, Ausschluss oder gar Gewalt. Aber sie bieten die Basis dafür, dass dieses Verhalten wahrscheinlicher wird. Täter von Hasskriminalität berufen sich auf die „schweigende Mehrheit“. Das Ignorieren, Herunterspielen und Wegsehen in Bezug auf Feindseligkeiten öffnet den Raum für die breite Akzeptanz von Ungleichwertigkeit und verhindert ein konsequentes Einschreiten. Einstellungen der breiten Mehrheit beeinflussen letztlich auch die Gestaltung von Institutionen, bestimmen die Zugangsmöglichkeiten, entscheiden über das Bereitstellen oder die Verweigerung von Unterstützung für schwache Gruppen. Dies betrifft ganz unmittelbar die Ausrichtung, die Kernaufgaben und die Handlungsmöglichkeiten (nicht zuletzt auch die finanzielle Ausstattung) von sozialer Arbeit. Soziale Arbeit ist vielfach davon abhängig, welche Nöte von welchen sozialen Gruppen – oder anders ausgedrückt: welche Ungleichwertigkeiten – von der Mehrheitsgesellschaft als so gravierend erachtet werden, dass Handlungsbedarf gesehen und umgesetzt wird.

Abb. 1. Rechtsextremismus als „Eisberg“ (Entwurf Beate Küpper).



Quelle: Küpper, B.: *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland – Bericht aus einem 1-jährigen Langzeitprojekt.*

Die Darstellungen der Studie *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa* können als freier Download über die Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Internet heruntergeladen werden: <http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de> -> „Die Abwertung der Anderen“

Handlungshinweise für PraktikerInnen finden sich z.B. auf der Homepage der Amadeu Antonio Stiftung; Broschüre „Was tun gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“; http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere_gmf_2.pdf

Anlagen

Anlage 1 - Programm

Bundesfachseminar

Weiblich – Rechts – Gefährlich?

Themen rund um Frauen im Rechtsextremismus

18.-20. Oktober 2013

Tagungsstätte Gustav-Stresemann-Institut Bonn-Bad Godesberg, Langer Grabenweg 68

Programm

Freitag, 18.10.2013

14.00 Uhr	Registrierung
14.30 Uhr	Begrüßung
14:45 Uhr – 16:15	Blut und Ehre -Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland
	Andreas Speit, Autor und freier Journalist
16.15 – 16.45 Uhr	Kaffeepause
16.45 – 18.15 Uhr	Ist ausgrenzendes Denken und Handeln ein Phänomen des gesellschaftlichen Randes oder längst in der Mitte angekommen?
	Andreas Speit
18:15 – 18:45 Uhr	Vorbesprechung Film: Die Kriegerin
19:00 Uhr	Abendessen
20:00 Uhr	Filmvorführung: Die Kriegerin

Samstag, 19.10.2013

09:00 – 12:30 Uhr	Mitläuferinnen und Macherinnen – Mädchen und Frauen in der extremen Rechten
	Ellen Esen, Politikwissenschaftlerin

dazwischen

10:30 – 11:00 Uhr	Kaffeepause
12:30 – 14:30 Uhr	Mittagessen
14:30 – 16:00 Uhr	Empfehlungen zum NSU Untersuchungsausschuss aus Gender Perspektive, Erziehungsstile in rechtsextremen Familien - Herausforderungen für das pädagogische Handeln in Kita, Familien- und Jugendhilfe. Dr. Heike Radvan, Amadeu-Antonio-Stiftung
16:00 – 16:30 Uhr	Kaffeepause
16:30 – 18:00 Uhr	Neonazis erobern Facebook und Co – Wie können die Jugendlichen geschützt werden? Henrike Herrmann, no-nazi.net
Sonntag, 20.10.2013	
09:00 – 10:00 Uhr	Diskussion: Was können wir auf allen Ebenen des DFR tun?
10:00 – 11:30 Uhr	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland und Europa Dr. Beate Küpper, Universität Bielefeld
11:30 – 13:00 Uhr	Strategien und Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus Ulrich Dovermann, Bundeszentrale für politische Bildung
13:00	Mittagessen und Abreise

Anlage 2 – Linksammlung, Bücher- und Filmtipps

Links:

Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt. Online abrufbar unter www.arug.de.
Beratungsnetzwerk kompetent vor Ort. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus: Gender und Rechtsextremismus. Dokumentation des Fachtags am 24. April 2013 im Marianum Hegne. Online abrufbar unter
http://www.kompetentvorort.de/fileadmin/downloads/Gender_und_Rechtsextremismus.pdf.

Fachstelle Gender und Rechtsextremismus. Online abrufbar unter www.gender-und-rechtsextremismus.de.

Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus. Online abrufbar unter
<http://www.frauen-und-rechtsextremismus.de/cms/>.

Friedrich-Ebert-Stiftung: Projekt gegen Rechtsextremismus. Online abrufbar unter
<http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/>.

Lanzke, A., Groß A. et al.: Broschüre: Liken. Teilen. Hetzen. Berlin. Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung. Online abrufbar unter <http://no-nazi.net/gute-ideen-gegen-nazis/neue-auflage-der-broschure-likem/>.

Lola für Ludwigslust/Amadeu Antonio Stiftung. Online abrufbar unter <http://www.lola-fuer-lulu.de/>.

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen: Nationalismus ist Mädchensache – Schlaglichter auf Geschlechterbilder und Geschlechterrollen im Rechtsextremismus. 2011. Online abrufbar unter
http://www.mik.nrw.de/uploads/media/Nationalismus_ist_Maedchensache.pdf.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abteilung Verfassungsschutz: Frauen im Rechtsextremismus. Berlin 2009. Online abrufbar unter
https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/lage-und-wahlanalysen/lagebild_frauen_im_rechtsextremismus_10.8.09.pdf.

Yupanqui Werner E., Antes W., Bressau G.: Projektarbeit 2010/2 Kompetent vor Ort. Strategien gegen Rechtsextremismus. Sersheim. 2010. Online abrufbar unter
http://kompetentvorort.de/fileadmin/downloads/handbuch_kompetent_2010.pdf.

Serie der ZEIT: „Neue deutsche Nazis“

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-02/rechtsextreme-frauen>

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-03/anti-antifa-neonazis>

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-03/unsterbliche-flashmobs-neonazis-bautzen>

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-04/erziehung-kinder-rechtsextremismus>

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-04/interview-rechtsextreme-erziehung>

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-04/lokaljournalismus-rechtsextremismus>

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-04/nazis-npd-pastoers-mecklenburg>

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-05/gensing-neonazis-mitte>

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-05/Neonazis-serie-kommentar>

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-03/neue-deutsche-nazis>

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-03/npd-sachsen-landtag>
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-04/fs-dorstfeld>
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-04/nazi-dortmund-ruhrpott>

Literatur:

Birsl U.: Rechtsextremismus und Gender. Opladen: Verlag Barbara Budrich. 2011.
Decker O., Kiess J., Brähler E. et al.: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2012.

Küpper, B. & Zick, A. (2011). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Frauen

Röpke A, Speit A.: Blut und Ehre – Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland. 2013.

Röpke A., Speit A.: Mädelsache!: Frauen in der Neonazi-Szene. 3. Auflage. 2011. und Männern. In U. Birsl (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gender (S. 187-210). Opladen: Barbara Budrich.

Zick, A., Küpper, B. & Heitmeyer, W. (2011). Vorurteile als Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – eine Sichtung der Vorurteilsforschung und ein theoretischer Entwurf. In A. Pelinka (Hrsg.), Vorurteile: Ursprünge, Formen, Bedeutung (S. 287-316). Berlin: deGruyter.

Filme:

(Quelle: Film ab! Gegen Nazis – Pädagogische Handreichung zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus anhand von Dokumentar- und Spielfilmen. Amadeu Antonio Stiftung)

Wer Gewalt sät... Von Brandstiftern und Biedermännern. Die Pogrome von Rostock 1992. Dokumentation, BRD 1993, 43 min, Gert Monheim, WDR
Erhältlich über WDR Mitschnittservice: www.wdrmg.com

Das Hoyerswerda Syndrom.
Dokumentation, Frankreich 1996, 52 min, deutsche Originalfassung, Regie: Mogniss H. Abdallah, Yonas Endrias
Erhältlich über Autofocus Videowerkstatt: autofocus@videowerkstatt.de

Das Leben des Nohbert Plath
Dokumentation, Deutschland 2001, 45 min, Regie: Sabine Mieder, Eckhard Mieder, Hessischer Rundfunk
Erhältlich über: Hessischer Rundfunk: archivservice@hr.de

Acht Türken, ein Grieche und eine Polizistin – die Opfer der Rechtsterroristen
Dokumentation, BRD 2012, 43 min, Regie: Matthias Deiß, Eva Müller, Anne Kathrin Thüringer, Redaktion: Mathias Werth (WDR), Gabriele Conrad (rbb)
Erhältlich über rbb media GmbH/nicht-kommerzielle Programmverwertung: gabriele.bohm@rbb-media.de

Stubbe – von Fall zu Fall. Episode: Sonnenwende
TV-Krimiserie, BRD 2009, 90 min, Regie: Peter Kahane, ZDF

Erhältlich über ZDF/Programmverwertung: programmverwertung@zdf.de

Der Kick

Dokumentation, BRD 2005/2006, 85 min, Regie: Andres Veiel, Buch: Andres Veiel und Gesine Schmidt

Erhältlich über Neue Visionen Medien GmbH: muecke@neuevisionen.de

Das braune Chamäleon

Dokumentation, BRD 2010, 88 min, Regie: Medienprojekt Wuppertal

Erhältlich über Medienprojekt Wuppertal: info@medienprojekt-wuppertal.de

Die Tragödie der Provinz

Dokumentarfilm, BRD 2010, 35 min, Regie: Maik Baumgärtner und Ralf Zimmermann

Erhältlich über Amadeu Antonio Stiftung: www.amadeu-antonio-stiftung.de

Braune Kameradin

Kurzdokumentation, BRD 2010, 13 min, Regie: Otto Belina, Andrea Röpke und Lars Boje

Erhältlich über Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN: www.arug.de

Kriegerin

Spielfilm, BRD 2011, 106 min, Regie: David Wnendt, ZDF/Das Kleine Fernsehspiel und Hochschule für Film und Fernsehen Konrad Wolf

Erhältlich über FWU Institut für Film und Bild: vertrieb@fwu.de

Nach dem Brand

Dokumentarfilm, BRD 2012, 50 min, Regie und Buch: Malou Berlin NDR Redaktion: Barbara Denz

Erhältlich über: credofilm GmbH: info@credofilm.de

Per la Vita

Dokumentarfilm, BRD 2010, 60 min, Regie: Katharina Obens, Tanja Seider, Produktion: Katharina Obens, Auschwitz-Komitee in der BRD e.V. und Kontrastfilm

Erhältlich über Auschwitz-Komitee: Auschwitz-Komitee@t-online.de